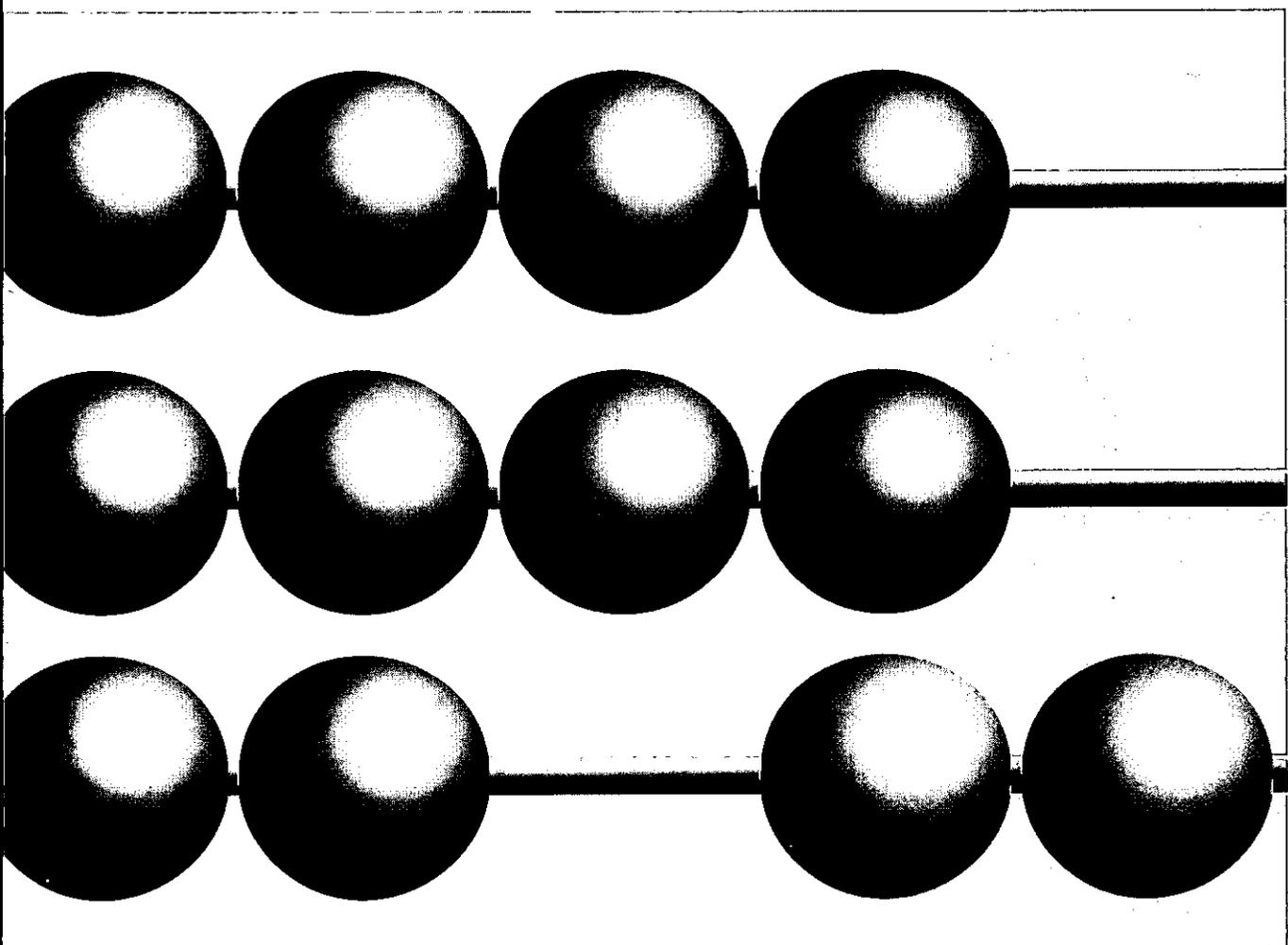


**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel

44. Jahrgang, Heft 2
Februar 1992

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

44. Jahrgang

Heft 2

Februar 1992

INHALT

Kurz gefaßt

18

Aufsätze

Die Regionalisierung des Zentralstaates
in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

20

Aus unserem Archiv

37

Entwicklung im Bild

39

Beilage

Zahlenbeilage

Bis zum Jahre 2000 weiterhin Bevölkerungswachstum

Das Statistische Landesamt hat eine neue Vorausberechnung der Bevölkerung vorgelegt. Es handelt sich dabei um eine koordinierte Rechnung der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes mit untereinander vergleichbaren Ergebnissen. Basis ist die Bevölkerung am 31. 12. 1989. Die Veröffentlichung schildert die prognostizierte Entwicklung bis zum Jahre 2005 unter Einbeziehung von Wanderungsannahmen sowie eine Modellrechnung für die Jahre 2006 bis 2030. Die wesentlichen Ergebnisse werden zusätzlich grafisch dargestellt.

Gegenüber der zuletzt veröffentlichten Vorausberechnung berücksichtigen die jetzigen Ergebnisse die starken Wanderungsgewinne der Jahre 1989 und 1990 in vollem Maße. Unter anderem aus diesem Grunde wird die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins in den Jahren bis 2005 zwischen 21 000 und 33 000 höher liegen als zuletzt erwartet. Ende 1990 gab es 2,62 Mill. Einwohner in Schleswig-Holstein. Bis 1994 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich auf ein Niveau von 2,66 Mill. ansteigen. In den Jahren von 1994 bis 2000 wird dieses Niveau sogar leicht überschritten werden. Nach der Jahrtausendwende wird die Einwohnerzahl voraussichtlich zurückgehen und im Jahre 2005 wieder 2,62 Mill. erreichen.

Ferner werden sich die Zahlen der Geborenen und Gestorbenen nach der neuen Berechnung anders einstellen: Im Zeitraum 1990 bis 2005 sind 13 000 Geborene mehr als bisher angenommen zu erwarten, und es werden 18 000 Sterbefälle weniger eintreten. Die voraussichtliche Gesamtveränderung der Bevölkerung in den Jahren 1990 bis 2005 wird sich aus einem Wanderungsgewinn von 112 000 Einwohnern, 405 000 Geborenen und 487 000 Gestorbenen ergeben.

Wieder weniger Milchkühe

Nach den ersten Ergebnissen der jährlichen Dezember-Viehzählung gibt es in Schleswig-Holstein sowohl weniger Rinder und Schweine als auch weniger Schafe als vor einem Jahr.

Die Zahl der Rinder verringerte sich um gut 3 %. Dabei ist die Milchviehhaltung von besonderem Interesse. Der Bestand an Milchkühen ist seit 1983 tendenziell rückläufig und verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr erneut um gut 2 % auf 460 000 Tiere.

Es stehen auch nur noch knapp 1,4 Mill. Schweine in Schleswig-Holsteins Ställen, womit sich ihre Zahl im Vergleich zum Dezember des Vorjahres um 3,5 % verringerte.

Die Zahl der Schafe ging sogar um 6 % auf 244 000 Tiere zurück.

Gemeindefinanzen: der Schuldenberg wächst

Im dritten Quartal 1991 haben die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände 2,5 Mrd. DM eingenommen, 16,2 % mehr als im entsprechenden Quartal des Vorjahres.

Betrachtet man die ersten neun Monate des Jahres 1991 zusammen, so betragen die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt 6,9 Mrd. DM. Sie fielen damit um 10,1 % höher aus als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1990. Die Ausgaben übertrafen mit 7,1 Mrd. DM das Ergebnis des Vorjahres um 7,5 %. Dieser Zuwachs beruht zur Hauptsache auf dem Anstieg der Personalausgaben um 10,0 % sowie den erhöhten Aufwendungen für Sozialhilfe u. ä. um 16,6 %. Die Gesamtschulden der Kommunen beliefen sich am Ende des dritten Quartals 1991 auf 3,9 Mrd. DM und waren 7,6 % größer als ein Jahr zuvor.

Nur noch geringer Umsatzzuwachs im Einzelhandel

Im Oktober 1991 setzte der Einzelhandel in Schleswig-Holstein nominal 3 % mehr um als im Oktober des Vorjahres. Berücksichtigt man jedoch die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen, so ergibt sich für den Umsatz nur noch eine Steigerung von 0,8 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat.

Den höchsten Zuwachs verzeichnete der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren (nominal + 11,3 %, real + 8,4 %), während der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen (nominal - 1,7 %, real - 5,5 %) als Folge der ausgelaufenen Steuerbefreiung für Katalysatorfahrzeuge die größten Umsatzeinbußen meldete.

Betrachtet man den gesamten Zeitraum von Januar bis Oktober 1991, so stieg der Umsatz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um 8,0 % und real um 5,1 %.

**Zahl der Sozialhilfeempfänger
weiter gestiegen**

Im Laufe des Jahres 1990 erhielten in Schleswig-Holstein 166 600 Personen oder 6,4 % der Bevölkerung Sozialhilfe. Mehr als 13 % der Sozialhilfeempfänger waren Ausländer. 126 500 Personen empfingen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, 59 900 Hilfe in besonderen Lebenslagen, ein Teil also beide Hilfearten.

Damit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger drei Jahre in Folge um mindestens 10 000 gestiegen. Betrachtet man den Zeitraum der letzten zehn Jahre, so ist sogar ein Anstieg um 66 400 Personen oder 66 % zu verzeichnen. Die Zahl der ausländischen Hilfeempfänger ist in diesem Zeitraum von 3 900 auf 22 300 sogar fast auf das Sechsfache gestiegen.

Für die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wurde auch die Hauptursache der Hilfestellung erfragt. Dabei ergab sich, daß in einem Drittel aller Fälle die Arbeitslosigkeit von Haushaltsmitgliedern den Hauptgrund für die Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen bildete. Der Ausfall des Ernährers, z. B. infolge einer Ehescheidung, wurde für 15 % aller Haushalte als Hauptursache ermittelt. 12 % aller Notlagen entstanden durch unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche. Bei 6 % aller Haushalte löste eine Krankheit die Hilfebedürftigkeit aus.

Die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die von 59 900 Personen in Anspruch genommen wurden, gingen zu 97 % an Pflegebedürftige, Kranke und Behinderte. Fast die Hälfte, nämlich 28 600, empfingen Hilfe zur Pflege, 17 600 Krankenhilfe und 11 800 Eingliederungshilfe.

**Baugenehmigungen:
Trend zu Mehrfamilienhäusern**

Von Januar bis Oktober 1991 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Neubau von 4 951 Wohngebäuden mit 10 231 Wohnungen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht dieses einem Rückgang von 8,2 % bei den Wohngebäuden und einer Zunahme von 1,6 % bei den Wohnungen. Dabei ging die Zahl der genehmigten Wohnungen in Eigenheimen um 10 % auf 4 503 zurück, während gleichzeitig die Zahl der Wohnungen in geplanten Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen um 15,6 % auf 5 191 Wohnungen stieg. Demnach hält der Trend zum Mehrfamilienhaus auch 1991 an.

Die Regionalisierung des Zentralstaates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wirtschaftliche Daten beziehen sich, ohne daß man sich dessen stets bewußt ist, immer auf eine fest umrissene Region, und auch die Komponente Zeit muß unmißverständlich definiert sein. Ist die dargestellte Region nicht mit einem Staatsgebiet identisch, dann gibt es zu vielen ökonomischen Verflechtungen mit den anderen Regionen des Staatsgebietes keine statistischen Informationen. Die Problematik, die sich daraus für regionale volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ergibt, ist in dieser Zeitschrift zuletzt in Heft 7/1990 dargestellt worden. Eine der multiregionalen Aktivitäten, auf die in diesem Beitrag nur kurz eingegangen worden war, ist die des Zentralstaates. Sie soll hier näher beleuchtet werden. Die Regionalisierung zentralstaatlicher Aktivität gehörte zu den methodischen Schwerpunkten der jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer, die — basierend auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Herbst 1991 — jetzt zur Veröffentlichung ansteht. Revidierte Ergebnisse standen für diesen Aufsatz nur für das Bundesgebiet insgesamt zur Verfügung, Länderzahlen noch nicht. Es handelt sich hier also weitgehend um eine reine Methodendarstellung.

Die Fragestellung

Der Staat ist Produzent wie Verbraucher eines erheblichen Teils des Sozialprodukts. Als Organisator von Umverteilungsvorgängen hat er sogar überragende Bedeutung. Deshalb ist er in Wirtschaftstheorie und -politik, in Konjunkturforschung und -analyse und vielen anderen Feldern das Objekt besonderer Betrachtung. In der Kreislaufanalyse ist er neben privaten Haushalten, Unternehmensektor und Ausland ein eigenständiger Sektor. In der Gliederung der wirtschaftlichen Tätigkeiten ist er — neben z. B. Landwirtschaft, Baugewerbe oder Handel — eine der zehn Wirtschaftsabteilungen in der Systematik der Wirtschaftszweige. Daß man singularisch von „dem“ Staat spricht, verdeckt, daß zu ihm auf den verschiedenen föderalen Ebenen sehr viele ökonomisch eigenständig handelnde Transaktoren gehören.

Für Themen der Konjunktursteuerung, der Wirtschafts- und der Verteilungspolitik sind aber weniger die Transaktoren Länder, Kreise oder Gemeinden, sondern ist eher der Zentralstaat von besonderem Interesse. In Deutschland ist nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik mehr denn je im Blickpunkt, wie sich zentralstaatliche Aktivität regional niederschlägt. Was unter dem Stichwort „regionale Inzidenz“ häufig gefragt wird, ist: Was trägt die einzelne Region als Teil des Zentralstaates zu dessen Aufkommen an Ressourcen bei und was umgekehrt kommt davon dieser Region zugute?

Diese Fragestellung hat ihre Parallele in der Steuerlehre. Der sicherlich für den einzelnen Steuerzahler interessanten Frage, wieviel er an den Staat gezahlt und was er dafür als Gegenleistung erhalten habe, hat man dort aber einen normativen Riegel vorgeschoben: Das Nonaffektationsprinzip — Steuern sollen keinem bestimmten Zweck zugeordnet sein — ist die Absage an solcherlei Gedankenspiele. Im politischen Streit zwischen den Regionen gibt es einen normativen Riegel allenfalls im Artikel 72 des Grundgesetzes, wonach die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen sei. Auch wenn es unumstritten scheint, daß die prosperierenden Regionen die Gemeinschaftslasten stärker tragen als die ökonomisch hinterherhinkenden und insofern eine Umverteilung akzeptiert wird, wird doch unverhohlen behauptet, dieses oder jenes Bundesland sei Kostgänger der anderen, oder umgekehrt.¹ Horizontaler und vertikaler Finanzausgleich, aber auch die Verteilung von Steuern wie Lasten zwischen Bund und Ländern werden von verschiedener Seite auf den Prüfstand gestellt.

Hier soll der Frage nachgegangen werden, was speziell die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der

1) So hat jüngst der Finanzminister von Baden-Württemberg beklagt, daß sein Land 1991 trotz schwächer wachsender Einnahmen fast 64 % aller Leistungen im Finanzausgleich zu tragen habe. Er wolle das „verfassungsrechtliche Risiko“ prüfen, die Zahlungen zu kürzen.
(Kieler Nachrichten vom 23. 12. 91)

Länder zu dieser Thematik an Informationen beisteuern können. Im Vordergrund steht, wie sich staatliche, insbesondere zentralstaatliche Aktivität in den Teilregionen niederschlägt. Wenn der Staat

- Steuern und Abgaben erhebt,
- Steuererleichterungen gewährt,
- Subventionen an Unternehmen zahlt,
- sich selbst unternehmerisch betätigt,
- investiert,
- Vermögen erwirbt oder veräußert,
- Schulden aufnimmt oder tilgt,
- Transferzahlungen an private Haushalte leistet,
- Einkommen an seine Mitarbeiter zahlt oder
- Güter und Dienste für seine laufende Tätigkeit kauft,

dann betrifft das die Regionen unterschiedlich. Das kann Absicht und Bestandteil einer regionalpolitisch orientierten Finanzpolitik, aber auch das unbeabsichtigte Ergebnis einer unterschiedlichen ökonomisch und/oder steuertechnisch bedingten Ausgangslage sein.² Es wäre reizvoll zu untersuchen, wie sich die Steuerkraft, das Beitragsaufkommen für die sozialen Sicherungssysteme, die direkt in die Region gegangen oder die aus ihr herausgeflossenen Zahlungsströme regional unterscheiden und wie gleich oder ungleich der regionale Nutzen von konsumtiven und investiven Staatsausgaben verteilt ist. Zu denken wäre auch an die Sekundärwirkungen, die öffentliche Ausgaben für die Infrastruktur auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität in regional unterschiedlicher Intensität haben können, oder an Sekundärwirkungen von staatlichen Einkommensumverteilungen. In der Steuerinzidenzforschung gibt es hier durchaus unterschiedliche und noch breiter angelegte Ansätze.³

Die Grenzen dessen, was die Ergebnisse des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder erhellen können, sind aber ohnehin recht eng gesteckt. Schon von den bereits angesprochenen Themenkreisen können einige nicht oder nicht völlig abgedeckt werden. Darauf und auf die Definition des Staates ist zunächst einzugehen. Dann soll auf die wichtigsten Aggregate, zu denen die VGR der Länder Zahlen liefert, näher eingegangen werden. In einem Exkurs wird am Ende dieses Aufsatzes auch die Problematik der Berechnung sog. Staatsquoten geschildert.

2) Albers, W., Standortwirkungen der staatswirtschaftlichen Tätigkeit, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 7, S. 212 ff.

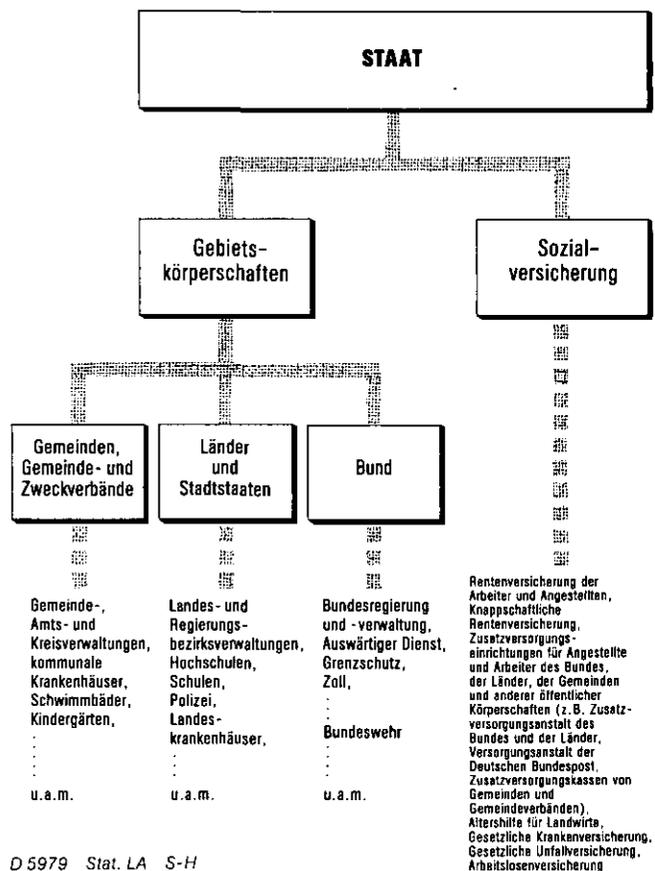
3) Siehe hierzu Zimmermann, H., Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme, Baden-Baden 1981

Zur Abgrenzung des Staates

Was zum Staat gerechnet werden soll, bedarf der Definition. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) umfaßt er nur solche Institutionen, die Dienstleistungen eigener Art für die Allgemeinheit erbringen und sich hauptsächlich aus Zwangsabgaben finanzieren. Im Eigentum der Gebietskörperschaften oder der Sozialversicherung befindliche Unternehmen, so auch Bundesbank, Bahn und Post, rechnen unabhängig von ihrer Rechtsform nicht zum Staat, sondern zum Unternehmenssektor.

Die funktionale Zuordnung zum Staat ist die Grundregel. Zum Staat zählen auch die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser in staatlicher Trägerschaft, also Städtische und Kreis- und Landeskrankenhäuser. Nicht zum Staat, sondern zum Unternehmenssektor rechnen dagegen staatliche Wirtschaftsunternehmen (unabhängig von der Rechtsform), das staatliche allgemeine Grund- und Kapitalvermögen sowie staatliche Sondervermögen wie Hilfsfonds u. ä. Auch die Bundesanstalt

Gliederung des Wirtschaftsbereichs Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



D 5979 Stat. LA S-H

für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM, früher Einfuhr- und Vorratsstellen) und die Treuhandanstalt werden dem Unternehmenssektor zugeordnet.

Die statistische Beobachtung staatlicher Aktivität wird seit einigen Jahren dadurch erschwert, daß öffentliche Einrichtungen aus den kameral gegliederten Kernhaushalten insbesondere der Kommunen herausgelöst und in eine private Rechtsform oder eine Sonderrechnung überführt werden (Budgetflucht). Auf dieses Problem soll in einem weiteren Exkurs noch näher eingegangen werden.

Es gibt, was die Gebietskörperschaft Bund anbetrifft, ein kleines sprachliches Problem. In der VGR der statistischen Ämter wird umgekehrt zur sonst üblichen Praxis vorgegangen: Aus vielerlei Gründen addiert sich nicht das Bundesergebnis aus der Summe der Werte für die Bundesländer, sondern die nationale VGR wird zunächst aufgestellt, und die Länderwerte werden erst dann daraus abgeleitet. Sie werden „heruntergebrochen“. Was das Statistische Bundesamt in den einzelnen Rechenbereichen dazu vorlegt, wird „Bundesansatz“, „Bundeswert“ o. ä. genannt. Die Methodenbeschreibung im Bereich Staat könnte mißverstanden werden, weil der Begriff „Bund“ hier auch anderweitig belegt ist. Es gibt also die (Bundes-) Ansätze des Statistischen Bundesamtes für die Rechenbereiche Sozialversicherung, Gemeinden, Länder und Bund.

Der Begriff Zentralstaat, der hier die beiden Teilbereiche Bund und Sozialversicherung in dem Sinne meint, daß sie keiner Teilregion des Staates zuzuordnen sind, wird in der Methodik⁴ und in den Veröffentlichungen⁵ der EG etwas anders benutzt: Dort wird unterschieden zwischen dem Zentralstaat, zu dem in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich auch die Länder gehören, den lokalen Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung.

Einschränkungen im Rechenprogramm der Länder

Die wirtschaftlichen Transaktionen, die Eingang in die VGR finden, betreffen die Produktion, den Austausch und die Verwendung von Gütern und Diensten, die Ver-

teilung der Wertschöpfung, die Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Sie können auch rein finanzieller Natur sein, d. h. die Veränderung von Forderungen und/oder Verbindlichkeiten zum Inhalt haben. Nicht immer liegt gleichzeitig ein Güter- und in umgekehrter Richtung ein monetärer Strom zugrunde. Dies gilt vor allem für Transaktionen, an denen der Staat beteiligt ist. In der VGR des Statistischen Bundesamtes werden deshalb für den Staat gesondert dessen Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, letztere auch in der Gliederung nach Aufgabenbereichen. In den kameralistischen Oberbegriffen Einnahmen und Ausgaben schlägt sich die Vielfalt staatlichen Handelns nieder: Produktion, Verbrauch, Investition, Einkommenserzielung, Schuldendienst, Umverteilung. Die privaten Haushalte können nur Einkommen erzielen und verbrauchen, die Unternehmen nur produzieren und investieren, in Form von nichtverteilten Gewinnen der Körperschaften auch Einkommen (Ersparnis) erzielen. Einnahmen und Ausgaben in der Terminologie der VGR hat nur der Staat. Die Ergebnisse für den Staat werden vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 18, Reihe 1.1 bis 1.3, regelmäßig veröffentlicht. Unregelmäßig werden Ergebnisse auch im Sonderband „Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis ...“ bereitgestellt, zuletzt im Oktober 1991 als Reihe S. 16 für die Zeitreihe 1950 bis 1990.

Für die Regionalgliederung nach Bundesländern gibt es den Nachweis nach Einnahmen und Ausgaben und nach Aufgabenbereichen nicht, weil das Ausgangsdatenmaterial des Bundes und der Sozialversicherung dafür regional nicht ausreichend gegliedert ist. Die Kreislaufrechnung des Arbeitskreises VGR der Länder, der die Umsetzung der nationalen VGR auf Länderergebnisse besorgt, ist nicht geschlossen. Eine Kontendarstellung wie in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes gibt es für die Länder deshalb nicht.

Allen Einnahmen des Staates (in der Abgrenzung der VGR) und auf der Ausgabeseite allen Subventionen, sozialen Leistungen und laufenden Übertragungen liegen rein monetäre Vorgänge zugrunde. Was der Staat an Dienstleistungen — im wesentlichen für die Allgemeinheit — produziert und was er als Investor veranlaßt, wo er sich also direkt am Güterkreislauf beteiligt, das schlägt sich ausnahmslos in den Ausgaben des Staates nieder. Denn auch die Verkäufe des Staates von Waren und Diensten werden in der VGR — mit negativem Vorzeichen — der Ausgabenseite zugeordnet. Die Ausgaben des Staates stehen deshalb im Blickpunkt der Regionalisierungsbemühungen des Arbeitskreises VGR der Länder: Dort, wo der Staat als einer der Wirtschaftsbereiche agiert, wo er Personal beschäftigt, Güter und Dienste kauft und verkauft, gibt es über ihn regionalge-

4) Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — ESG, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970, S. 33

5) Konten und Statistiken des Staates 1970 bis 1982, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), Luxemburg 1984, Seite XXXVII

rechnete Zahlen nach Ländern. Man kann, weil der Schwerpunkt der Regionalisierung staatlichen Handels die Ausgabenseite betrifft, von einer Asymmetrie in den Regionalisierungsbemühungen sprechen. Die Übersicht soll dies verdeutlichen.

Die Einnahmen der Gebietskörperschaften von der Empfängerseite her regional aufzuteilen macht auch wenig Sinn. Unser Steuersystem ist — was Bundes- und Gemeinschaftssteuern anbetrifft — nicht darauf ausgerichtet, daß das örtliche Aufkommen auch den ökonomisch gesehen „richtigen“ Bezug hat. So wird die Umsatzsteuer auch für multiregionale Unternehmen am Unternehmenssitz erhoben, Zoll am Ort des Eintritts der Waren in den deutschen Güterkreislauf oder sogar schon in EG-Nachbarländern, Verbrauchsteuern am Ort der Produktion, ein Teil der Einkommensteuern (Lohnsteuer) am Arbeitsplatz und ein weiterer (Kapitalertragsteuer) beim Geldinstitut.⁶ Erst ein kompliziertes Korrekturbündel aus Umlagen, Zerlegungen und Ausgleichen sorgt für eine an der Wirtschaftskraft, aber vermengt damit auch an Aufgaben und Bedarf orientierte vertikale und horizontale Mittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Ein Versuch, diesen Verteilprozeß grafisch darzustellen, findet sich im Heft 12/1989 dieser Zeitschrift. Das regionale Steueraufkommen vor diesen Korrekturen ist, weil mehr oder weniger Zufallsprodukt, als VGR-Aggregat uninteressant. Wer sich wie Steuerschätzer oder Finanzverwaltung trotzdem damit befassen muß, bedient sich der Finanzstatistiken.

Das Steueraufkommen nach Zerlegung, Finanzausgleich usw. ist politisch wie kreislauftheoretisch hochinteressant. In der nationalen VGR des Statistischen Bundesamtes sind die laufenden Übertragungen zwischen den Körperschaften des Staatssektors nachgewiesen. Sie umfassen Zuweisungen und Zuschüsse (soweit für laufende Zwecke) wie Finanzausgleichszahlungen und zweckgebundene Zuweisungen (z.B. zur Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, Zuschüsse des Bundes zu den Rentenversicherungen u. a. m.).

Auf der Einnahmeseite machten 1990 diese Übertragungen bei der Sozialversicherung 12 %, bei den Ländern 11 % und bei den Gemeinden sogar 27 % der

Laufende Übertragungen zwischen den Teilbereichen des Staates im Bundesgebiet 1990 in Mill. DM
- vorläufige Werte -

Teilbereich	Laufende Übertragungen		Saldo
	von anderen staatlichen	an andere staatliche	
	Ebenen		
Bund	900	81 430	- 80 530
Länder	31 100	41 230	- 10 130
Gemeinden	42 980	4 260	38 720
Gebietskörperschaften zusammen	1 380	53 320	- 51 940
Sozialversicherung	53 320	1 380	+ 51 940

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 16, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1990

Einnahmen aus, wobei die Zahlungsströme zwischen Gebietskörperschaften gleicher Ebene hier wegen der Konsolidierung noch nicht einmal mit zu Buche schlagen. Die Übertragungen an andere staatliche Ebenen erreichten bei den Ländern mit 14 % und beim Bund mit sogar 21 % aller Ausgaben eine beachtliche Größenordnung.

In der Zusammenfassung zum Staat insgesamt fallen diese Informationen natürlich der Konsolidierung zum Opfer. In der Tabelle mit den Einnahmen und Ausgaben des Staates und ihrer Regionalisierung fehlen sie deshalb. Bezogen auf ein einzelnes Bundesland wären die Zahlungsströme zwischen deutschen Gebietskörperschaften durchaus unausgeglichen, denn mancher Zahler oder Empfänger sitzt dann außer Landes. Und diese Art Saldo mit der „übrigen Welt“ wäre natürlich von großem Interesse. Trotzdem gibt es diesen Nachweis in der VGR der Länder nicht. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist die Umverteilungsrechnung — zu ihr gehören die Übertragungsbuchungen — nur soweit ausgebaut, daß es für den Sektor der privaten Haushalte zum Nachweis eines verfügbaren Einkommens reicht. Die intrastaatlichen Übertragungen wären ein singulärer Posten außerhalb des Rechenzusammenhangs. Zum zweiten gibt es über die Transfers zwischen den Gebietskörperschaften aus den Finanzstatistiken hinreichend Material, und dies bedarf nicht unbedingt der Transformation in statistische Nutzbarkeit durch gesamtrechnerische Prozeduren. Auch der jährliche Finanzbericht des Bundesministeriums der Finanzen (zuletzt im August 1991 für 1992) liefert umfassende Informationen zu diesem Thema.

6) Gleichwohl gehören Umsatzsteuer, Zölle und Produktionssteuern, wenn zu Marktpreisen bewertet wird, per definitionem zum Inlands- und zum Sozialprodukt einer Region, auch wenn es sich nur um „durchlaufende Posten“ handelt. Die regionale Inzidenz von Zöllen, indirekten Steuern und Subventionen, so auch der Abschnittstitel, ist beschrieben in „Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ in Heft 7/1990 dieser Zeitschrift.

**Die Berücksichtigung von Einnahmen- und Ausgaben des Staates
in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder**

— Zahlen fürs Bundesgebiet 1990 (alter Gebietsstand, Berechnungsstand Herbst 1991, vorläufige Werte),
ohne Vorgänge der Finanzierungsrechnung —

EINNAHMEN DES STAATES¹

AUSGABEN DES STAATES²

Art der Einnahme	Mrd. DM	Angaben nach Bundesländern ³ werden ...					Mrd. DM	Art der Ausgabe
		nicht ermittelt	nur für den ... ermittelt			nicht ermittelt		
			Zahler	Empfänger (Staat)	Empfänger			
Zutreffendes ist angekreuzt								
Indirekte Steuern	303,13		X		X		48,77	Subventionen
					X		367,54	Soziale Leistungen
Direkte Steuern von Unternehmen	38,68	X			X		15,38	Sonstige lfd. Übertragungen an private Haushalte ⁴
Direkte Steuern von privaten Haushalten ⁴	228,29		X			X	4,55	Sonstige lfd. Übertragungen an Unternehmen
Sozialbeiträge ⁵	408,77		X			X	7,37	Vermögensübertragungen
Sonstige laufende Übertragungen von privaten Haushalten ⁴	10,44		X				56,09	Zinsen auf öffentliche Schuld an private Haushalte ^{5/6}
Sonstige laufende Übertragungen von Unternehmen	4,40	X				X	235,84	Zinsen auf öffentliche Schuld an Unternehmen, an den Staat und an das Ausland
Vermögensübertragungen	7,36	X				X	75,24	Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Personalausgaben) ⁷
Vermögens-einkommen ¹⁰	33,75			X		X	0,0	Käufe von Gütern und Diensten für die laufende Produktion (Vorleistungen)
						X	0,25	Verkäufe von Waren aus Dienstleistungen ⁸
						X	56,5	Produktionssteuern
						X	56,5	Bruttoanlageinvestitionen
						X	0,0	Vorratsveränderung ⁹

Zur Übersicht S. 24

- 1) Ohne direkte Steuern, Sozialbeiträge, sonstige laufende Übertragungen und Vermögensübertragungen vom Ausland; ohne Abschreibungen
- 2) Ohne Sozialleistungen, Personalausgaben, sonstige laufende Übertragungen und Vermögensübertragungen an das Ausland; ohne Abschreibungen
- 3) Das bedeutet nicht, daß die Werte als solche auch veröffentlicht werden
- 4) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck
- 5) Auch „unterstellte“ Sozialbeiträge von Beamten usw.
- 6) Auch auf der Empfängerseite werden die Zinsen in die Regionalverteilung einbezogen, allerdings nur implizit innerhalb der Gesamtposition Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- 7) Auch „unterstellte“ Sozialbeiträge für Beamte usw.
- 8) Die Verkäufe von Waren und Diensten (einschl. selbsterstellter Anlagen) gehen mit Minusvorzeichen in die Ausgabenrechnung ein, deshalb auch unter „Zahler“ eingruppiert.
- 9) Seit einigen Jahren mit dem Wert Null nachgewiesen
- 10) Empfangene Ausschüttungen vom Unternehmenssektor und empfangene Zinsen

Wo die Finanzstatistiken bei den intrastaatlichen Transfers einen Regionalnachweis nicht sowohl für Empfänger wie Zahler bieten können, nämlich bei denen der Gebietskörperschaft Bund und der Sozialversicherung, fehlen Kriterien, diese Regionalisierung nun seitens der VGR der Länder zu komplettieren. Und die regionale VGR käme nicht daran vorbei, denn ihr Prinzip ist es, daß die Ansätze der nationalen VGR, hier die der intrastaatlichen Übertragungen, sämtlich und ohne Rest auf die Bundesländer „verteilt“ werden. Alle Transfers müßten sowohl auf Zahler- als auf Empfängerseite einem Bundesland zugeordnet sein.

Nicht nur bei den Einnahmen der Gebietskörperschaften, sondern auch bei denen der Sozialversicherung interessiert unter regionalem Aspekt nur, woher diese Einnahmen stammen und nicht, welchem Bundesland das Inkasso zuzurechnen wäre. Mit umgekehrtem Vorzeichen gilt das für die vom Staat gezahlten Subventionen, Sozialleistungen und laufenden Übertragungen. Hier interessiert, wohin die Ausgaben geflossen sind. Daß es z. B. in Berlin, dem Sitz der Rentenversicherung der Angestellten, eine regionale Häufung der Einnahmen auf der Empfängerseite und der Ausgaben auf der Zahlerseite gibt, ist — von den Arbeitsplätzen zur Bewältigung der Zahlungsströme einmal abgesehen — weder für Berlin noch für andere Regionen von Belang. Der Arbeitskreis VGR der Länder bietet als Regionalinformation die sozialen Leistungen des Staates nach dem Bundesland der Empfänger, die direkten Steuern und die Sozialbeiträge der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) an den Staat nach dem Bundesland dieser Haushalte. Die vom Staat an die Unternehmen gezahlten Subventionen rechnet er nach Wirtschaftszweig und Empfängerland, veröffentlicht das Ergebnis aber nur in Saldierung mit den von den Unternehmen desselben Landes gezahlten Produktionssteuern.

Auf der Einnahmenseite des Staates gibt es mit den Vermögenseinkommen nur eine Größe, zu der auf der Emp-

fängerseite Regionalzahlen vorliegen. Diese Vermögenseinkommen — abzüglich der Zinsen auf die öffentliche Schuld — sind der Anteil des Staates am Volkseinkommen. Sie und die gezahlten Zinsen zu regionalisieren ist also zwingend, wenn man Volkseinkommen für Bundesländer nachweisen will. Auf die Problematik, hier die „richtige“ regionale Zuordnung zu finden, wird aber noch einzugehen sein.

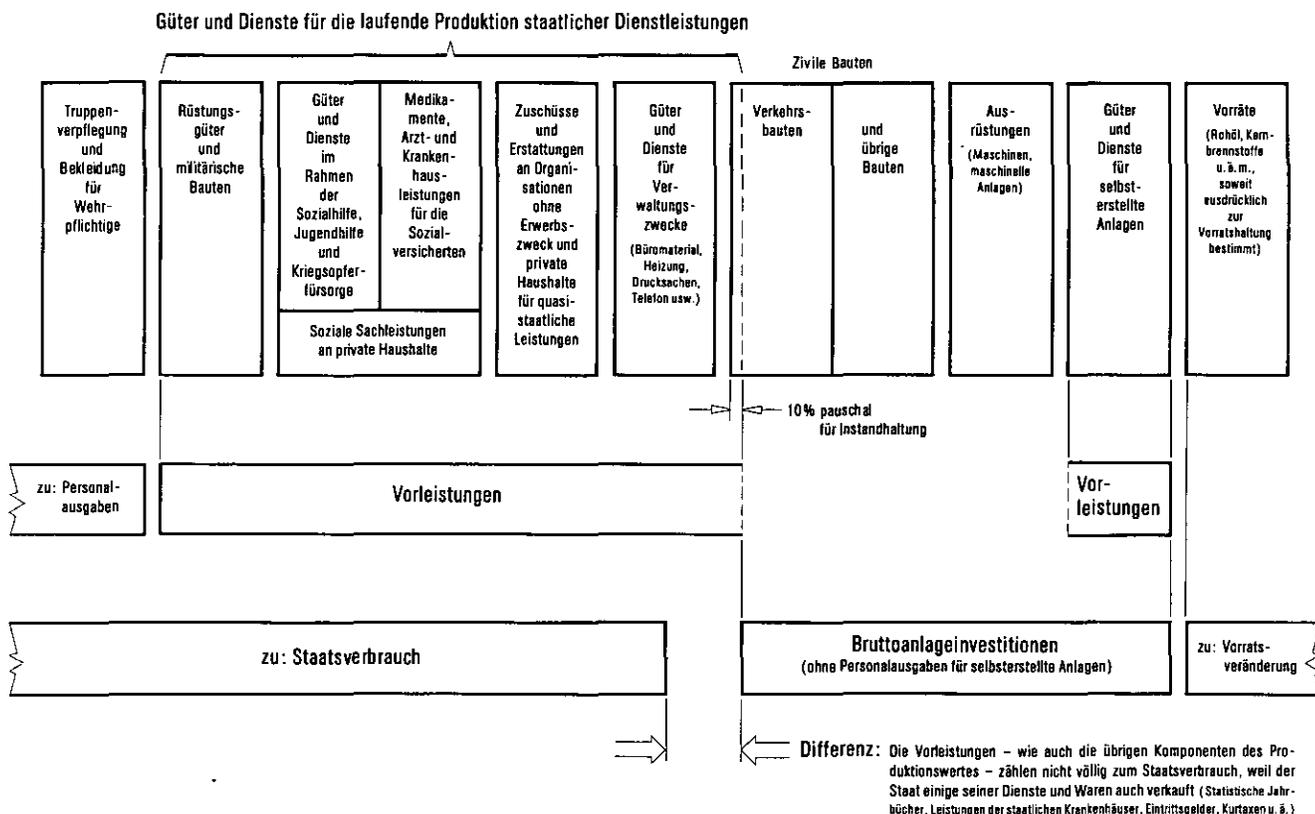
Das Statistische Bundesamt weist in seinen Veröffentlichungen auch einen Finanzierungssaldo des Staates nach. Dies ist der Saldo des Vermögensveränderungskontos und stellt im wesentlichen die Nettoneuverschuldung dar. In der Einnahme-/Ausgaberechnung sind aber die Aufnahme und die Tilgung öffentlicher Schulden nicht enthalten, weil es sich um einen reinen Finanzierungsvorgang handelt. Das Statistische Bundesamt verweist dazu auf die Finanzierungsrechnung der Bundesbank.⁷ Eine Information darüber, wie sich die Zeichner staatlicher Anleihen auf die Regionen verteilen oder in welche Bundesländer die Tilgungsströme gehen, ist auch in der Finanzierungsrechnung der Bundesbank nicht zu finden. In der VGR der Länder fehlt schon der Nachweis eines Finanzierungssaldos.

Die Zinsen auf die öffentliche Schuld, die die privaten Haushalte vom Staat erhalten, sind Bestandteil der Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, also einer Größe, die auch die VGR der Länder bietet. Die Zinsen werden auf der Empfängerseite implizit mitregionalisiert, ohne als solche speziell in Erscheinung zu treten. Auch die Einkommensteuerstatistik selbst, die die Grundlage der Regionalisierung der Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist, liefert keine

7) Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1. Halbjahr 1990, Ergänzungslieferung, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, Oktober 1990.

Die Käufe des Staates nach ihrer Zuordnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

D 5995 Stat. LA S-H



Informationen über den regionalen Niederschlag öffentlicher Zinszahlungen, denn in der steuerlichen Veranlagung wird nur nach sieben Einkunftsarten differenziert, und die Zinsen zählen mit vielen anderen Formen von Einkünften zu denjenigen aus Kapitalvermögen.

Die Vorleistungen

Auf die Vielfalt staatlichen Handelns ist eingangs bereits hingewiesen worden. Die Grafik stellt dar, wie das, was der Staat von anderen Wirtschaftssubjekten kauft, den Termini der VGR zugeordnet ist. Außer nach der Art der Güter wird auch unterschieden, ob sie als Vorleistungen⁸ in die laufende Produktion staatlicher Dienstleistungen eingehen oder investiert werden oder, wie Truppenverpflegung und Bekleidungsartikel, sogar zu den Personalkosten rechnen.

Zu den Gütern und Diensten für die laufende Produktion zählen außer denen für Verwaltungszwecke, die man dort am ehesten erwartet, auch die sog. Zuschüsse und Erstattungen. Dahinter verbirgt sich das Subsidiaritätsprinzip: Der Staat soll nur dort aktiv werden, wo

nicht andere, private Formen der Daseinspflege und -vorsorge vorhanden sind. Wo der Staat ein Interesse hat, daß private Kindergärten, Schulen und mildtätige Organisationen statt seiner ihre Dienstleistung anbieten, unterstützt er diese Institutionen mit Geld. In der VGR wird das als Kauf einer Dienstleistung gebucht, die der Staat – quasi über Dritte – seinen Bürgern als Staatsverbrauch zugute kommen läßt.

Daß von den Ausgaben für Verkehrsbauten pauschal 10 % für deren Instandhaltung in der laufenden Periode und 90 % als Investitionen gebucht werden, entspricht der international vereinbarten Konvention, solche Bauten nicht abzuschreiben, sondern davon auszugehen, daß der Staat für sie in ausreichendem Maß Erhaltungs-

8) Statt von den Vorleistungen des Staates wird gern von seinen Käufen (genauer: für die laufende Produktion und für selbstgestellte Anlagen) gesprochen. Es wird dann vermieden, daß die Genitivkonstruktion „Vorleistungen des Staates“ in dem Sinne mißverstanden wird, daß nicht dem Staat, sondern durch den Staat (für andere) etwas vorgeleistet würde. Auch das Begriffspendant „Verkäufe“ ist beim Staat eher angebracht als „Umsatz“ und deshalb gebräuchlicher.

und Reparaturaufwand betreibt.⁹ Und dieser Aufwand ist mit dem investiven Aufwand für Verkehrsbauten auch haushaltstechnisch so verwoben, daß er nur pauschal in Ansatz gebracht werden kann.

Auch für Rüstungsgüter und militärische Bauten gilt in der VGR-Methodik der Vereinten Nationen eine besondere Konvention: Selbst wenn es sich um dauerhafte Güter handelt, sind sie zu den Gütern der laufenden Produktion, also zu den Vorleistungen, und nicht zu den Investitionen zu rechnen.¹ Was der Staat kauft, um es als soziale Sachleistung dann seinen Bürgern ohne spezielle Gegenleistung zur Verfügung zu stellen, ist zu trennen in zwei Kategorien: Zum einen ist es, was die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und die Kriegspferfürsorge in Naturalien statt in Geld leistet. Dieser Teil ist vergleichsweise unbedeutend. Zum anderen handelt es sich um das, was insbesondere die gesetzlichen Krankenkassen über die Krankenscheine und Rezepte der Versicherten mit den Krankenhäusern, Apotheken, Ärzten, Masseuren, Krankengymnasten usw. an Gütern und Diensten abrechnen. Wenn oben gesagt wurde, daß der Staat seinen Bürgern, hier den Sozialversicherten, diese Leistungen ohne spezielle Gegenleistung zur Verfügung stellte, dann bedeutet das, daß die geldliche Gegenleistung keine auf das einzelne Medikament oder die einzelne Behandlung gerichtete, eben keine „spezielle“ ist, sondern in einem von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Versicherung losgelösten, zu den Transfers zählenden Versicherungsbeitrag besteht. Auch hier kann man — wie bei den Steuern — ein Prinzip der Nonaffektation konstatieren. Dennoch ist es unbefriedigend, daß Güter und Dienste der höchstindividuellen Privatsphäre zum Staats- und nicht zum privaten Verbrauch gerechnet werden. Die Dienstleistung der Krankenkassen besteht ja nicht darin, daß sie selbst ihre Mitglieder gesund macht, sondern darin, Schutz vor dem Risiko der Krankheit zu bieten, die Gesundungsprozesse finanziell abzuwickeln und die versicherungstechnische Beitragsumlage und deren Inkasso zu organisieren. Auf diese Problematik ist in Heft 3/1988 dieser Zeitschrift unter dem Titel „Die Sozialversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ bereits näher eingegangen worden.

Was der Staat an Gütern und Diensten für die laufende Produktion kauft, geht zu einem vom Betrag her allerdings völlig unbedeutenden Teil auch in die von selbst erstellte Anlagen ein.

9) A System of National Accounts, New York 1968, S. 122

10) ebenda, S. 102

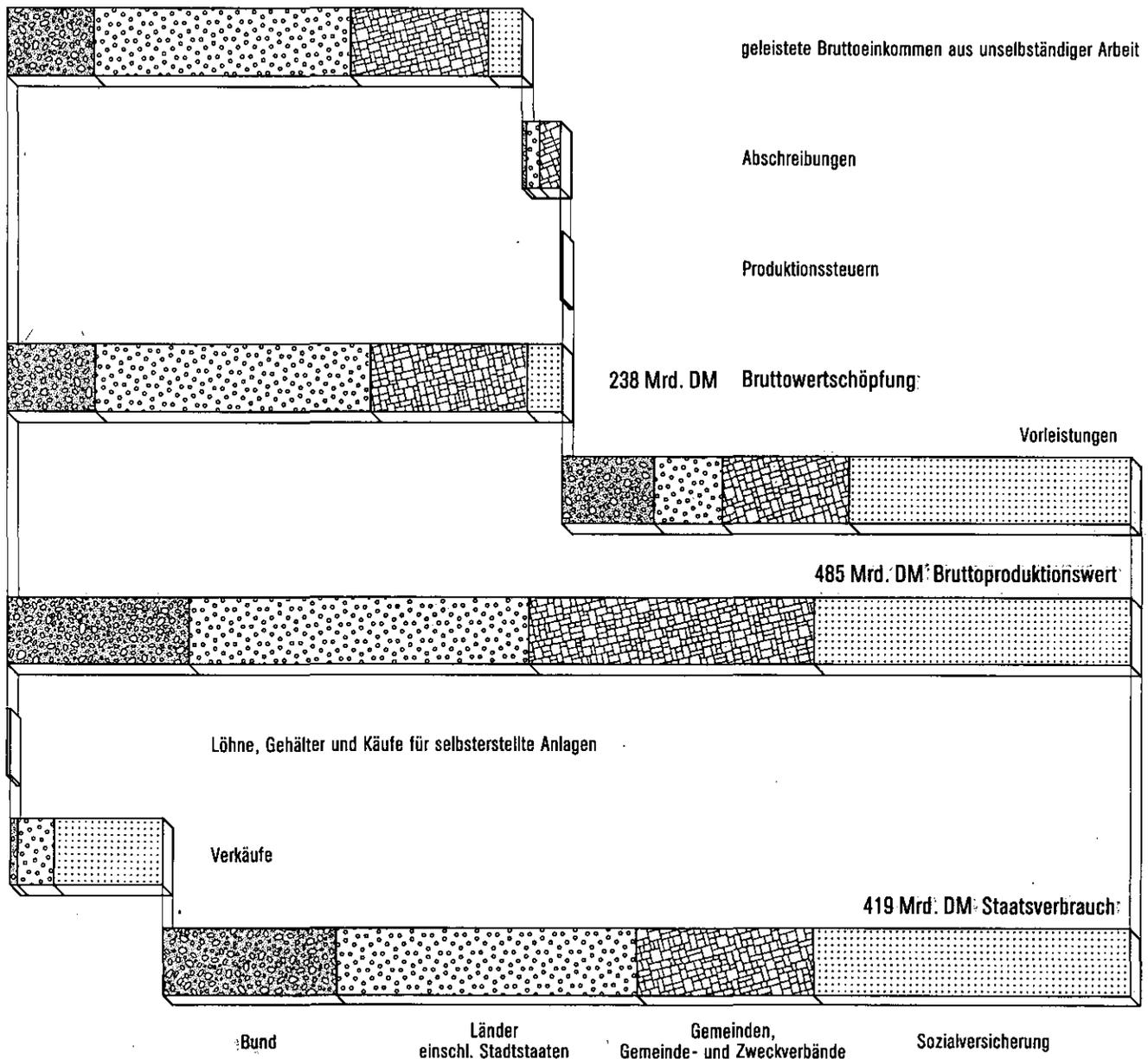
Vereinfachte Kontengliederung des Staates
in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1990
in Millionen DM (altes Bundesgebiet)

D 5994 Stat. LA S-H

1. Produktionskonto	
Vorleistungen 265 550	Produktionswert 518 320
Bruttowertschöpfung ... 252 770	
2. Einkommensentstehungskonto	
Abschreibungen 16 640	Bruttowertschöpfung ... 252 770
Geleistete Produktionssteuern ... 250	
Nettowertschöpfung ... 235 880	
3. Einkommensverteilungskonto	
Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit 235 880	Nettowertschöpfung 235 880
Geleistete Vermögens-einkommen (Zinsen auf öffentliche Schulden) 63 460	Empfangene Zinsen 13 380
Anteil am Volkseinkommen -29 710	Empfangene Ausschüttungen 20 370
4. Einkommensumverteilungskonto	
Geleistete Subventionen 48 770	Anteil am Volkseinkommen -29 710
Soziale Leistungen ... 374 250	Empfangene Steuern .. 574 010
Sonstige laufende Übertragungen 95 640	Empfangene Sozialbeiträge 410 590
Verfügbares Einkommen 462 130	Sonstige empfangene laufende Übertragungen 25 900
5. Einkommensverwendungskonto	
Staatsverbrauch 443 080	Verfügbares Einkommen 462 130
Ersparnis 19 050	
6. Vermögensveränderungskonto	
Bruttoinvestitionen ... 56 530	Ersparnis 19 050
Geleistete Vermögensübertragungen 33 020	Abschreibungen 16 640
Finanzierungssaldo -46 250	Empfangene Vermögensübertragungen 7 610
7. Finanzierungskonto	
Veränderung der Forderungen 42 280	Finanzierungssaldo -46 250
	Veränderung der Verbindlichkeiten (einschl. statistischer Differenz) ... 88 530

Aus: Wirtschaft und Statistik 6/1990; Zahlen an Berechnungsstand Herbst 1991 angepaßt

Bruttowertschöpfung, Bruttoproduktionswert des Staates und Staatsverbrauch im Bundesgebiet 1989



Die Vorleistungen sind eine Position der Entstehungsrechnung. In der Kontendarstellung für den Staat stehen sie auf der linken Seite des Produktionskontos. Die Regionalisierung der Entstehungsrechnung orientiert sich an der Frage, wo die Produktion von Gütern und Diensten stattgefunden hat, wo also der Betrieb oder die Verwaltungsstelle örtlich gelegen ist. Die Aufgabe der VGR der Länder, die aus der nationalen VGR des Statistischen Bundesamtes vorliegenden Werte nach Bundesländern aufzuteilen, fällt für die Rechenbereiche Länder und Gemeinden relativ leicht: Hier können die Angaben regionalscharf den entsprechenden Finanzstatistiken entnommen werden.

Für den Zentralstaat gibt es natürlich ebenfalls Finanzstatistiken, und dies auch in beeindruckender sachlicher Tiefe. Aber weder der Bundeshaushalt noch der überregionalen Sozialversicherungsträger geben in hinreichendem Umfang Informationen darüber, wie die Käufe des Staates den einzelnen Dienststellen oder auch nur den Bundesländern der Dienststellen zugeordnet sind.

Durchgängige Regionalinformationen gibt es nur zum Personal des Staates: Man weiß aus den Personalstatistiken, wieviele Beschäftigte welcher Besoldungs- oder Vergütungsgruppe wo arbeiten. Daraus wird, wie

noch beschrieben wird, die Wertschöpfung der Dienststellen und Kasernen des Bundes und der Dienststellen der Sozialversicherung in regionaler Abgrenzung ermittelt. Und es wird unterstellt, daß sich die Käufe des Staates, soweit es Vorleistungen sind, regional so verteilen wie die Wertschöpfung. Für den Bund wird dies für seine Unterbereiche, den zivilen und den Verteidigungsbereich, getrennt gerechnet, denn die Bundeswehr hat allein mit den Rüstungsgütern deutlich höhere Vorleistungen als der zivile Bereich, der — von Grenzschutz, Straßenbau- und Wasser- und Schifffahrtsbehörden einmal abgesehen — weitgehend von reinen Verwaltungsarbeiten und den dazu nötigen Käufen geprägt ist. Für die Käufe der Bundeswehr gibt es natürlich keine der amtlichen Statistik zugänglichen Einzelinformationen, die eine andere als die pauschalierte Regionalisierung erlauben. Einzige Ausnahme von der Schlüsselung der Vorleistungen des Bundes nach den Personalausgaben bilden die Käufe der Bundesstraßenbauverwaltung zur Instandhaltung der Verkehrsbauten: Diese Ausgaben werden nach Maßgabe der Straßenlänge von Bundesautobahnen und -straßen auf die Länder verteilt.

Bei der Sozialversicherung ist die Schlüsselung der Vorleistungen mit der Wertschöpfung schon deshalb ein Problem, weil die Wertschöpfung die bei weitem kleinere Größe ist, geringe Änderungen in der regionalen Zusammensetzung des — allerdings vermutlich recht stabilen — Personalkörpers der Sozialversicherung sich mit weitaus höheren Betragsveränderungen in der Regionalverteilung der Vorleistungen niederschlagen. Die Grafik über die Entstehungsrechnung und den Staatsverbrauch soll den definitorischen Zusammenhang der Aggregate, aber auch ihr je nach Teilbereich des Staates sehr unterschiedliches Größenverhältnis zueinander zeigen. Die Sozialversicherung fällt hier deutlich aus dem Rahmen.

Es mag — von der Besonderheit, daß dies überhaupt zu den Vorleistungen rechnet, einmal abgesehen — Erstaunen auslösen, daß man die sozialen Sachleistungen dort zu den Vorleistungen rechnet, wo der Schreibtisch derjenigen Bürokratie ist, die diese Leistungen abrechnet. Im Einzelfall bedeutet das, daß ein in Hamburg Erwerbstätiger und dort auch Krankenversicherter mit Wohnsitz im schleswig-holsteinischen Umland mit seinen Krankheitskosten in Hamburg zu Vorleistungen und damit auch Produktionswert beiträgt, auch wenn sein Arzt, seine Apotheke in Norderstedt oder Pinneberg sind. Dies allerdings entspricht dem bereits genannten Grundgedanken der Entstehungsrechnung, nach dem Ort der Produktion der Leistung (hier: der Krankenversicherung) zu regionalisieren, und zwar auch die verbrauchten Vorleistungen. Wohin die Sachleistungen der Sozialversicherung unter einem ganz an-

derem Aspekt, dem des Verbrauchs dieser Leistungen, gehören, darauf ist bei der Regionalisierung des Staatsverbrauchs noch näher einzugehen.

Im übrigen ist unter dem Gesichtspunkt, daß die Entstehungsrechnung der VGR vor allem ökonomische Leistung — also Wertschöpfung — messen soll, die Ermittlung regional „richtiger“ Vorleistungen und Produktionswerte beim Staat von geringer Bedeutung; weil bei ihm die Wertschöpfung additiv über die Kosten und nicht wie in den meisten anderen Bereichen subtraktiv über Produktionswert minus Vorleistungen ermittelt wird. Beim Staat werden in der Entstehungsrechnung Produktionswert und Vorleistungen nur deshalb nachgewiesen, damit nicht an deren Gesamtsumme aller Wirtschaftsbereiche etwas fehlt. Und auch diese Gesamtwerte von Produktion und Vorleistungen finden bei den Nutzern der VGR wenig Beachtung.

Gleichwohl mag es unter dem eingangs angesprochenen Aspekt der regionalen Inzidenz der Ausgaben des Staates nicht völlig uninteressant sein, von welcher Dienststelle, welcher Region aus der Zentralstaat Güter und Dienste als Vorleistungen nachfragt. Allerdings hätte man auch mit einer valideren Aussage, als sie die VGR der Länder treffen kann, noch kein Indiz für sekundäre Beschäftigungseffekte in diesen Regionen. Was die Bundeswehr an Rüstungsgütern kauft, ist häufig sogar im Ausland produziert. Und selbst das Büromaterial der Verwaltungen dürfte nur zu einem kleinen Teil aus der Region der Dienststelle stammen. Interessant wären aber sicher die Ausgaben zur Instandhaltung der Verkehrswege, von denen wohl vor allem die örtliche Bauwirtschaft profitiert. Hier aber verhindert die doppelte Pauschalierung — 10 % aller Ausgaben für Verkehrsbauten als Vorleistungen, regionalverteilt nach Länge der Bundesfernstraßen — eine differenzierte Analyse. Und was die Käufe der Krankenkassen vom Gesundheitswesen anbetrifft, also die Vorleistungen der Sozialversicherung, handelt es sich um Ausgaben, die von den privaten Haushalten ausgelöst werden und mit denen man kaum einen staatlichen Beschäftigungseffekt assoziiert.

Die Wertschöpfung

Weil für staatliche Leistungen Marktpreise fehlen, werden sie kostenseitig bewertet. Die Bruttowertschöpfung als einer der beiden Summanden zum Produktionswert ist ihrerseits Summe aus

- Personalausgaben,
- Produktionssteuern und Abschreibungen.

Gewinne und empfangene Subventionen gibt es beim Staat ex definitione nicht.

Die Abschreibungen ermittelt die nationale VGR, wie es die UN-Methodik auch empfiehlt¹¹, über die Kapitalstockrechnungen. In der VGR der Länder werden die Ansätze der nationalen VGR rechenbereichsweise „geschlüsselt“, d. h. man unterstellt, daß die Abschreibungen von Bund (Zivil), Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung regional genau so verteilt sind wie deren Personalausgaben.¹² Die Abschreibungen sind von geringer Bedeutung, weil sie bei Verkehrsbauten, Tiefbauten und bei militärischen Gütern ex definitione nicht anfallen und weil bei der Produktion staatlicher Dienstleistungen vergleichsweise wenig Kapital eingesetzt und physisch verschlissen wird. Im wesentlichen handelt es sich um die Abnutzung der zivilen Dienstgebäude, der Büroeinrichtungen und des Fuhrparks.

Die Produktionssteuern, die der Staat zahlt, sind von noch geringerer Bedeutung. Für den Bund liegen sie noch nicht einmal oberhalb der Nachweisgrenze für die Veröffentlichungen. Es handelt sich im wesentlichen um Grundsteuern und um Kraftfahrzeugsteuern auf Dienstfahrzeuge. Auch die Produktionssteuern werden mit den Personalausgaben auf die Regionen geschlüsselt.

Die für die Entstehungsrechnung Staat in der VGR der Länder bei weitem bedeutendste Größe sind die Personalausgaben. Für sie gibt es auch eine stabile Datengrundlage. In den beiden Rechenbereichen Länder und Gemeinden stellen die Finanzstatistiken länderscharf abgegrenzte monetäre Größen bereit. Auch im Rechenbereich Bundeswehr stellt das Bundesverteidigungsministerium entsprechende Regionalsummen der Personalausgaben zur Verfügung. Bei den Soldaten zählen auch andere Ausgaben wie die für Bekleidung, Verpflegung und Unterbringung zu den Personalausgaben. Hier muß — nach unterschiedlichen Kriterien — geschlüsselt werden.

Für den zivilen Bereich des Bundes und die Regionalsumme Bund ist die Datenlage ebenfalls sehr gut. Der Bundeshaushalt hat aber keine Regionalgliederung. Hier muß über die Statistik des Personalstandes, die jährlich alle Mitarbeiter gemeindefach erfaßt, ein theoretisches Surrogat von Personalausgaben je Land gebildet werden. Dazu stellt die Personalstandstatistik

Gliederungen nach dem Dienstverhältnis (Beamter, Angestellter, Arbeiter) und der Laufbahngruppe (höherer, gehobener, mittlerer und einfacher Dienst) der Mitarbeiter bereit. Die Personalausgaben werden durch Multiplikation der Kopffzahlen mit so weit wie möglich differenzierten Durchschnittsverdiensten geschätzt. Die Surrogate werden auf den Ansatz der nationalen VGR „koordiniert“, d. h. länderproportional so angepaßt, daß der Anteil des Landes an der Ländersumme unverändert bleibt und die Ländersumme dem Ansatz des Statistischen Bundesamtes in der nationalen VGR entspricht.

Zur Länderberechnung der Personalausgaben der Sozialversicherung wird ähnlich vorgegangen wie im Bereich Bund, Zivil. Allerdings verbergen sich hinter dem Singular Sozialversicherung vielerlei Träger, von denen nicht alle auch überregional tätig sind. Über die Personalausgaben einiger der sog. Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht lägen sogar monetäre Angaben vor. Es fehlt aber an einer geeigneten Bundesabstimmsumme, und so wird als Datenquelle ausschließlich die Personalstandstatistik genutzt und daraus wie im Zivilbereich Bund ein Surrogat für die Personalausgaben erzeugt.

Die Validität der länderweisen Personalausgaben des Staates darf man sicherlich als sehr hoch einschätzen. Auch die weitgehend darauf fußenden Länderergebnisse der Bruttowertschöpfung sind eine verlässliche Information. Was oben als konzeptual bedingter Mangel angesprochen worden ist, nämlich daß die Wertschöpfung nicht über den Markt, sondern über die Kosten gemessen ist, kann unter dem Gesichtspunkt der regionalen Inzidenz als Vorteil erachtet werden: Man hat, weil das unternehmerische, das Gewinnelement fehlt, Produktionssteuern faktisch keine und die Abschreibungen nur eine geringe Bedeutung haben, eine Information über die in der Region durch staatliche Aktivität primär entstandenen Einkommen. Diese Einkommen sind ausschließlich Arbeitnehmereinkommen. Sie gehen nur dann in eine andere Region, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates Berufseinpender sind.

Der Staatsverbrauch

Der Staatsverbrauch ist — wenn man die Aufwendungen für selbsterstellte Anlagen einmal außer acht läßt — der nicht verkaufte Teil des Produktionswertes des Staates. Er ist also klar definiert. Daß es trotzdem Probleme damit gibt, ihn auch inhaltlich-methodisch als Kollektivverbrauch, als Gegenstück zum privaten Konsum zu verstehen, sei hier nur angedeutet. Die statistische Abgrenzung des Staatsverbrauchs, so auch der Titel,

11) United Nations Statistical Office, Handbook of National Accounting, Public Sector Accounts, Studies in Methods, Series F No. 50, New York 1988, S. 59

12) Zwar hat auch die VGR der Länder eine Kapitalstockrechnung, aber hier fallen die Ergebnisse nicht so rechtzeitig an, daß sie zur Entstehungsrechnung am aktuellen Rand der Zeitreihe schon zur Verfügung stünden.

ist ausführlicher beschrieben in Heft 2/1986 dieser Zeitschrift. Dort ist auch auf seine Regionalisierung eingegangen worden. Die damals diskutierte Lösung einer verbrauchsorientierten Regionalisierung des Staatsverbrauchs von Bund und Sozialversicherung ist mit der jetzigen VGR-Revision verwirklicht worden.

Vor dieser Revision war der Staatsverbrauch in allen vier Rechenbereichen produktionsortorientiert. Er wurde in direkter Fortsetzung der Entstehungsrechnung ermittelt, indem die Verkäufe vom örtlich ermittelten Produktionswert abgezogen wurden. Die „verbrauchte“ Leistung wurde regional dort nachgewiesen, wo sie auch produziert worden ist. Der zentralstaatliche Konsum schlug regional so unterschiedlich zu Buche, wie auch die Behörden des Bundes und der Sozialversicherung und vor allem die Bundeswehr in den Ländern unterschiedlich stark präsent waren. In den letzten vor Revision veröffentlichten Ergebnissen hatte der Staatsverbrauch in Schleswig-Holstein mit 28 % seinen höchsten Anteil an einem Länder-Bruttosozialprodukt, in Baden-Württemberg mit 16 % seinen niedrigsten.

Dies barg stets die Gefahr der Mißinterpretation, daß z.B. die Einwohner Schleswig-Holsteins sich in höherem Maße vom Staat Leistungen erbringen lassen würden als die Einwohner anderer Regionen. Der tatsächliche Grund für den hohen Staatsverbrauch des Landes lag vor allem in der besonderen Präsenz der Bundeswehr in Schleswig-Holstein. Dies war vor allem deshalb unbefriedigend, weil gerade die Sicherheitsleistungen unstrittig zu den kollektiv genutzten gehören und allen Bundesbürgern zugute kommen. Unstrittig kollektiv wird auch die Leistung der Behörden im zivilen Bereich des Bundes genutzt. Die demgegenüber produktionsortorientierte Schlüsselung des Staatsverbrauchs hatte auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das in einem Gutachten die VGR der Länder zu bewerten hatte, kritisiert.¹³

Mit der jetzt vorgenommenen Revision ist der Arbeitskreis VGR der Länder dazu übergegangen, den Staatsverbrauch des Bundes aus der nationalen VGR nach Maßgabe der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer aufzuteilen. Dahinter steht der Gedanke, daß die kollektiv konsumierten Leistungen des Bundes allen seinen Bürgern gleichermaßen zugute kommen. Für diese Prämisse spricht schon der föderative Aufbau der Bundesrepublik. Dem Bund bleiben nur diejenigen Aufga-

ben, die auch nach zentralstaatlicher, gebietseinheitlicher Lösung verlangen. In den Artikeln 73 und 74 Grundgesetz werden sie im Zusammenhang mit der ausschließlichen und der konkurrierenden Gesetzgebung enumerativ genannt. Der Bund hat nach Art. 72 Grundgesetz explizit sogar dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse einheitlich sind. Dort, wo man regional unterschiedliche Ausprägungen des wirtschaftlichen „Engagements“ des Bundes (Zivil) vermuten darf, z. B. in den Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a Grundgesetz (Hochschulbau, Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) ist dieses Engagement vor allem ein finanzielles, berührt also die Transferzahlungen zwischen den Gebietskörperschaften, nicht aber den Staatsverbrauch. Die Bereiche bundeseigener Verwaltung nach Art. 87 ff. Grundgesetz (u.a. Bundesfinanzverwaltung, Auswärtiger Dienst, Bundeswasserstraßen, Schifffahrt) dagegen nimmt der Bund mit eigenem Personal wahr, es entsteht Staatsverbrauch. Aber auch die Nutznießung dieser Dienstleistung kann man kaum anders als pauschal auf die Bundesländer aufteilen.

Die Schlüsselung des Staatsverbrauchs des Bundes auf die Bundesländer nach Maßgabe der Wohnbevölkerung soll nicht bedeuten, daß nur private Haushalte unmittelbar die Nutznießer dieser Dienste seien. Der Bund gibt seine unentgeltlichen Leistungen auch an Unternehmen ab, streng genommen auch an die übrigen Gebietskörperschaften und an das Ausland. Man denke nur an die unentgeltliche Nutzung der Bundesfernstraßen oder an die unteilbar wirkende Sicherheit, die die Bundeswehr produziert. Die Wohnbevölkerungszahl liefert nur den Algorithmus der regionalen Verteilung, der Annahme folgend, daß die Inanspruchnahme des Staatsverbrauchs des Bundes durch die Unternehmen sich regional so wie die Wohnbevölkerung verteilt.

Die Schlüsselung nach der Wohnbevölkerung bedeutet, daß der Realtransfer zentralstaatlicher Dienstleistungen — die interregionale Nutzungsverschränkung — sich jetzt im Staatsverbrauch niederschlägt: Der Staatsverbrauch in den Ländern mit überproportionaler Bundespräsenz vermindert sich um einen fiktiven Export staatlicher Dienstleistungen, der Staatsverbrauch in Ländern mit unterproportionaler Bundespräsenz erhöht sich um die aus anderen Ländern fiktiv importierten Bundesdienste.

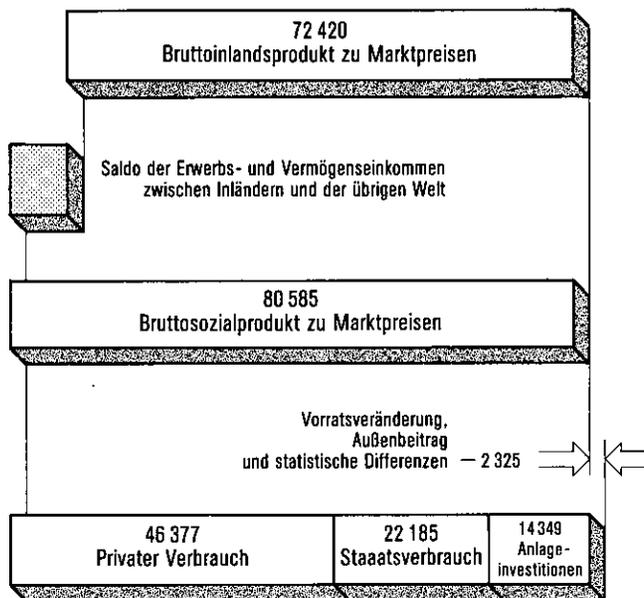
Für die Anpassung des Staatsverbrauchs an den Wohnbevölkerungsanteil des Landes ist in der Verwendungsrechnung also der Außenbeitrag das Kompensat. Die (fiktive) Gegenbuchung beim Im- oder Export braucht der Arbeitskreis VGR der Länder aber nicht vorzunehmen, da er in seiner Verwendungsrechnung einen Au-

13) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987, S. 102 ff.

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1988

- Berechnung nach inzwischen überholter Methode -
in Millionen DM

D 6008 Stat. LA S-H



Benbeitrag von vornherein nicht erst versucht auszuweisen. Im Ergebnis führt das zu dem positiven Nebeneffekt, daß der sog. Restposten der Verwendungsrechnung — Vorratsveränderung plus Außenbeitrag plus statistische Differenz — für Schleswig-Holstein nicht mehr so vermeintlich unplausibel erscheint. Nach alter Regionalisierung des Staatsverbrauchs hatte dessen höherem Wert ein — nicht gesondert nachgewiesener — hoher Import (von Vorleistungen) bei Exporten von Null (für die Realtransfers) gegenübergestanden. Ab Revision sind sowohl Staatsverbrauch als auch negativer Außenbeitrag kleiner. Das Bruttosozialprodukt des Landes wird nicht mehr in so hohem Maße von der Summe seiner nachgewiesenen Teilaggregate Konsum und Investition übertroffen. Auch in den anderen Bundesländern wird der Restposten ab Revision tendenziell kleiner.

Das Statistische Bundesamt hat, seitdem es seine nationale VGR regional in alte und neue Bundesländer zweiteilen muß, mit dem Staatsverbrauch dasselbe Regionalisierungsproblem. Es teilt die Leistungen des Bundes auf beide Gebiete ebenfalls nach dem Nutzerkonzept, folgt also der schon vor einigen Jahren vereinbarten neuen Methode des Arbeitskreises VGR der Länder. Weil es in der nationalen VGR einen geschlossenen Buchungskreislauf gibt, werden Dienstleistungsverkäufe/-käufe in zivilen und militärischen Bereich zwischen den beiden Gebieten unterstellt und auch gebucht.¹⁴

Die Regionalisierung des Staatsverbrauchs von Ländern/Stadtstaaten und von Gemeinden/Gemeindeverbänden bleibt wie vor der Revision, nämlich produktionsorientiert. Es wird nicht, wie beim Zentralstaat, pauschal geschlüsselt, die Daten stehen länderscharf zur Verfügung. Aber es gibt natürlich auch hier die unentgeltliche Nutzung staatlicher Dienstleistungen durch Gebietsfremde. Manche Ländergrenzen schneiden sogar Ballungsräume, so etwa die zwischen den Stadtstaaten und ihrem Umland, die im Rhein-Main- und die im Rhein-Neckar-Gebiet. Und Klagen über unausgewogenen Realtransfer zwischen den Nachbarländern hat es in der Vergangenheit durchaus gegeben. Dennoch sollte man von der Prämisse ausgehen, daß die Dienste der Gebietskörperschaften Länder/Stadtstaaten und Gemeinden/ Gemeindeverbände direkt ihrer Wohnbevölkerung, ihrem Gebiet zugute kommen und daß die Realtransfers zwischen den Bundesländern sich ausgleichen.

Man mag einwenden, daß unter den Aufgaben der Länder wenigstens eine sei, bei der es in erheblichem Maße zu Nutzungen auch von Gebietsfremden kommt: Die Kulturhoheit der Länder habe zu einem nach Art und Anzahl ungleichen Angebot von Studienplätzen geführt, und manches Land bilde mehr Studentinnen und Studenten aus, als es studierwillige Abiturientinnen und Abiturienten hervorbringe, und umgekehrt. Dem wäre zu entgegnen, daß der Husumer Abiturient, der zum Studium nach Freiburg zieht, nach dem Bundesmelde-recht dort dann im Normalfall auch Landeskind wird. Der Realtransfer von Hochschulleistungen beschränkt sich also auf die Bildungspendler, ist damit von sehr viel geringerer Bedeutung und wird unter die Annahme subsumiert, daß sich die Realtransfers von Dienstleistungen der kommunalen und der Länderebene zwischen den Bundesländern ausgleichen. Den Mut zu einer solchen Annahme findet man angesichts der Aussichtslosigkeit, eine Art Matrix aller denkbaren Realtransfers zwischen den Bundesländern aufzustellen. Den Kosten der von Schleswig-Holsteinern besetzten Studien- und Opernplätze (soweit nicht per Eintrittsgeld gedeckt) in Hamburg stünden noch schwerer ermittelbare Nutzungen der Freizeiteinrichtungen durch die Hamburger in ihrem schleswig-holsteinischen Umland gegenüber, um nur einige Beispiele herauszugreifen.

14) H. Essig, W. Strohm und Mitarbeiter, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für das frühere Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1. Halbjahr 1991, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1991, S. 585

Der Staatsverbrauch der Sozialversicherung kommt nahezu völlig direkt den Menschen, in der Begriffswelt der Gesamtrechnung also den privaten Haushalten zugute. Nur bei der Arbeitsverwaltung mag man auch für die Unternehmen einen direkten Nutzen, einen Verbrauch staatlicher Leistung erkennen. Wie ist nun der Nutzen der Sozialversicherung regional gestreut? Nicht ganz neun Zehntel des Staatsverbrauchs der Sozialversicherung entfallen auf die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, die diese überragende Bedeutung wegen der bereits angesprochenen sozialen Sachleistungen haben. Hier böte sich an, nach Zahl und Wohnort der Mitglieder oder, noch besser, nach dem für deren Gesundheit aufgewendeten Betrag zu regionalisieren. Über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es auch jährlich Angaben nach Bundesländern¹⁵, allerdings nur für drei der insgesamt acht nachgewiesenen Kassenarten.

Und die Zahl der Mitglieder gibt es zwar für alle Kassenarten, aber erwerbstätige Mitglieder sind dort nach dem Sitz ihres Betriebes, die übrigen Mitglieder nach dem Wohnort regionalisiert. Würde man hier durch Umrechnungen auf der Basis von Schätzungen versuchen, durchgängig eine Wohnortzuordnung zu erreichen, dann liegen die Abweichungen gegenüber einem von vornherein pauschal nach der Wohnbevölkerung geschlüsselten Staatsverbrauch im Signifikanzbereich dieser Umrechnungen. Dies haben Proberechnungen ergeben, und dies deckt sich auch mit der Erwartung, daß es in den pro-Kopf-Gesundheitskosten kein großes Regionalgefälle zwischen den Bundesländern gebe.

Auch die Dienste der Rentenversicherung kommen sowohl den aktiven, versicherungspflichtigen Erwerbstätigen als auch den Rentnern zugute. Regionale Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung und/oder im Anteil der Beamten und Selbständigen mag es geben, sie sind aber angesichts der geringen Bedeutung des Staatsverbrauchs der Rentenversicherung vernachlässigbar. Für die Arbeitsverwaltung und die übrigen Träger der Sozialversicherung gilt, daß der auf sie entfallende Staatsverbrauch gegenüber dem der Krankenversicherung wenig bedeutsam und außerdem als einigermaßen gleich auf die Regionen verteilt gelten kann. Der Ansatz, den das Statistische Bundesamt als Staatsverbrauch der Sozialversicherung für das Bundesgebiet insgesamt ermittelt, wird deshalb wie der der

Gebietskörperschaft Bund vom Arbeitskreis VGR der Länder nunmehr nach Maßgabe der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer „verteilt“.

Die Regionalisierung des zentralstaatlichen Konsums pauschal nach der Wohnbevölkerung ist verbrauchs-, ist nutzenorientiert. Es ist vielleicht deutlich geworden, daß dieser Nutzen zumindest beim Staatsverbrauch der Gebietskörperschaft Bund nur sehr abstrakt gemeint sein kann und im Sinne einer Inzidenzanalyse zentralstaatlichen Handelns wenig Erkenntnis bringt. Der Aspekt der Inzidenz steht bei der Größe Staatsverbrauch, einer Komponente der Verwendungsrechnung, auch weniger im Vordergrund. Es kommt hier eher darauf an, daß der Verbrauch des Zentralstaates, nach welcher Annahme auch immer, so auf die Regionen aufgeteilt wird, daß regionale Unterschiede im Staatsverbrauch unterhalb der zentralstaatlichen Ebene nicht völlig verschüttet werden, daß die Verwendungsrechnung insgesamt in sich schlüssiger wird und daß Fehlinterpretationen der regionalen Größe Staatsverbrauch vermieden werden.

Die Investitionen

Die Investitionen des Staates werden wie die der Unternehmen dort als Verwendung des Sozialprodukts nachgewiesen, wo sie als Produktionspotential zum Einsatz kommen. Für die Gebietskörperschaften Länder/Stadtstaaten und Gemeinden/Gemeindeverbände fällt dies auch hier sehr leicht: Die entsprechenden Daten sind direkt den Finanzstatistiken zu entnehmen. Daß eine von diesen Gebietskörperschaften getätigte Investition außerhalb deren Gebietes erfolgt, dürfte, wie vielleicht einmal bei der Landesvertretung in der Bundeshauptstadt oder bei einem Landschulheim, die große, vernachlässigbare Ausnahme sein.

Bruttoanlageinvestitionen des Staates im alten Bundesgebiet 1990 (vorläufige Werte)

	Insgesamt Mrd. DM	Darunter in % neue Ausrüstungen neue Bauten	
Bund	7,2	16	81
Länder	11,9	32	64
Gemeinden	36,5	11	87
Sozialversicherung	1,0	8	88
Insgesamt	56,5	16	81

15) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre ..., Statistischer und finanzieller Bericht, Bonn

Mit Investitionen sind hier genauer die Bruttoanlageinvestitionen gemeint. Finanz- und Lagerinvestitionen sind also ausgeschlossen, eingeschlossen nur Ausrüstungen und Bauten. „Brutto“ soll heißen, daß der Betrag nicht mit den Abschreibungen saldiert ist.

Was der Bund an neuen Ausrüstungen kauft — zur Erinnerung: ohne Wehrgüter —, wird nach Maßgabe der Bruttowertschöpfung des zivilen Bereichs des Bundes auf die Bundesländer geschlüsselt, der Annahme folgend, daß Wertschöpfung und Kapitalstockerneuerung (ohne Bauten) in einer ländereinheitlichen Relation zueinander stehen. Die Bauinvestitionen des Bundes werden nach Informationen der Haushaltspläne soweit möglich individuell länderweise aufgeteilt, der nicht zuordenbare Rest nach Maßgabe der aufteilbaren Investitionen mitverteilt. Auch die Investitionen der Sozialversicherung werden nach deren Wertschöpfung regionalisiert, hier aber unter Einschluß der Bauinvestitionen. Die Bauinvestitionen der Sozialversicherung betreffen — anders als beim Bund, der ja für wichtige Verkehrswege der Bauherr ist — faktisch nur die eigenen Verwaltungsgebäude, sie sind wie die Ausrüstungen von geringer Bedeutung.

Die Investitionen von Ländern und Gemeinden und die Bauinvestitionen des Bundes, also die nicht pauschal, sondern nach Regionaldaten gebuchten Investitionen, machten 1990 im alten Bundesgebiet 96 % aller staatlichen Anlageinvestitionen aus. Über die Bruttoanlageinvestitionen des Staates liegen also verlässliche Angaben auch nach Ländern vor.

Die Einkommen aus Vermögen

Der Anteil des Staates am Volkseinkommen sind seine Einkommen aus Vermögen (empfangene Ausschüttungen plus empfangene Zinsen) abzüglich seiner gezahlten Zinsen auf die öffentliche Schuld. Der Staat ist — wie bereits ausgeführt — ex definitione nicht unternehmerisch tätig, empfängt aber aus seinen eigenen Unternehmen und seinen Beteiligungen Ausschüttungen. Und bei der Gebietskörperschaft Bund erreichen viele dieser Ablieferungen Milliardenhöhe. Die Bundesbank beschert dem Bund seit einigen Jahren hohe Gewinne, die Bundesbahn ihm seit eh und je kräftige Verluste.

Wohin gehören nun die Ausschüttungen, die dem Bund zufließen? Dies soll zunächst für den Bund nach altem Gebietsstand erörtert werden. Die jetzt anstehende Revision der Länder-VGR betrifft noch keine Werte nach dem Beitritt der neuen Länder. Es wäre sicherlich unzweckmäßig, die Ausschüttungen dem Bundesland des Regierungssitzes oder dem des Unternehmenssitzes

zuzuschlagen. Zu bezahlen, zu tragen hat die Verluste „der“ Steuerzahler, so wie er durch die Gewinne auch entlastet wird. Eine regionale Gleichverteilung ist also geboten. Sie hätte auch den Vorteil, daß regionale Disparitäten im Volkseinkommen der übrigen Sektoren nicht durch fragwürdige Zubemessung staatlichen Volkseinkommens verschüttet werden. Der Arbeitskreis VGR der Länder schlüsselt deshalb die Ausschüttungen an den Bund — 1990 immerhin 20 Mrd. DM — nach der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer.

Die Zinsen, die der Bund auf seine Anleihen, Schuldverschreibungen usw. zahlt, sind ebensowenig wie die zugrunde liegende Schuld mit einzelnen staatlichen Aufgaben oder Vorhaben in Verbindung zu bringen. Auch hier gibt es ein Nonaffektationsprinzip: Man kann nicht sagen, die Zinsausgaben seien mehr dem Unternehmenssektor als den privaten Haushalten, mehr dieser als jener gesellschaftlichen Gruppe oder mehr dieser als jener Region zuzuordnen. In der VGR der Länder werden die Zinszahlungen des Bundes wie auch die von ihm empfangenen Zinsen nach der Wohnbevölkerung regionalisiert.

Damit ist die Bevölkerung der Regionalisierungsmaßstab für alle Komponenten geleisteter und empfangener Vermögenseinkommen. Sie ist es aus denselben Erwägungen heraus auch für die Vermögenseinkommen der Sozialversicherung. Bei Ländern und Gemeinden können die Komponenten der Vermögenseinkommen direkt den Finanzstatistiken entnommen werden. Deren Anteil am Volkseinkommen ist also regional spezifisch.

Wenn nun der Arbeitskreis VGR der Länder daran geht, Zahlen für 1990 und später originär zu rechnen, dann stellt sich die Frage, ob nicht bei den Ausschüttungen z. B. von Bundesbank, Bundesbahn und Reichsbahn und bei den Zinsen auf Altschulden des Bundes die Pauschalverteilung nach Wohnbevölkerung für altes Bundesgebiet und Beitrittsgebiet getrennt erfolgen muß.

Exkurs: Die „Staatsquote“

Will man über Ausmaß und Bedeutung staatlicher Aktivitäten eine Aussage treffen, dann helfen absolute Zahlen über Einnahmen und Ausgaben, über Wertschöpfung, Staatsverbrauch oder Investitionen des

16) G. Kopsch, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1982, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1983

Staates nur bedingt weiter. Häufig lautet die Fragestellung, ob denn der Staat seinen Einfluß auf den Wirtschaftskreislauf und seinen Anspruch auf das Sozialprodukt nun ausgeweitet habe oder darin eher zurückgedrängt worden sei. Dazu bildet man gern Verhältniszahlen mit dem griffigen, aber leider unpräzisen Namen Staatsquote. Unter diesem Begriff sind in Literatur und Presse verschiedene Quotienten im Gebrauch. Eindeutig ist eigentlich nur, daß im Nenner das Bruttosozialprodukt steht. Den Zähler bilden entweder Teilmengen des Sozialprodukts, nämlich Staatsverbrauch und Bruttoinvestitionen des Staates, oder die Staatsausgaben.

Das Statistische Bundesamt hat erst im Jahre 1983 seine Bedenken gegen derlei Verhältniszahlen überwunden¹⁶, vermeidet aber den Begriff Staatsquote: Eine Quote oder Anteilzahl solle die Beziehung zwischen Teil- und Gesamtmenge ausdrücken, und dies gelte bei den Staatsausgaben nur, soweit sie für Staatsverbrauch oder Investitionsgüter getätigt werden. Den Begriff der Staatsquote gibt es in der Terminologie der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen also nicht.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder liefern zur Bildung von Verhältniszahlen, die man Staatsquote nennen könnte, von vornherein weniger Möglichkeiten. Einnahmen und Ausgaben werden für die Bundesländer nicht nachgewiesen, weil vor allem die Transferzahlungen der zentralstaatlichen Ebene Bund und Sozialversicherung von der Datenlage her regional nicht zugeordnet werden können. Dazu sind die Zahlungsströme über die Ländergrenzen hinweg zu sehr vernetzt. In den Zähler einer Verhältniszahl, der man den Namen „Staatsquote“ geben könnte, wären für die Bundesländer entweder der Staatsverbrauch allein oder der Staatsverbrauch plus Bruttoinvestitionen des Staates zu stellen. Damit Mißverständnisse vermieden werden, sind — wie in diesem Aufsatz vielleicht deutlich gemacht werden konnte — Hinweise vor allem zur Regionalisierung des Zentralstaates unverzichtbar.

Exkurs: Zur Verselbständigung staatlicher Einrichtungen

Seit längerem zeichnet sich ab, daß im statistischen Berichtssystem durch Budgetflucht Lücken entstehen: Es werden zunehmend Einrichtungen des Staates in private Rechtsform überführt oder einer Sonderrechnung unterlegt. In den Haushalten und in den Finanzstatistiken erscheinen diese Einrichtungen dann nur noch „netto“ mit ihrem Betriebsüberschuß oder -zuschuß oder auch gar nicht mehr. Dies beeinträchtigt auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht immer ist aber davon der Staatssektor betroffen.

Zum VGR-Bereich Staat gehören als öffentliche Unternehmen — sofern hier überhaupt die Bezeichnung Unternehmen zutreffend ist — nur sogenannte reine Regiebetriebe, die organisatorisch lediglich Abteilungen der öffentlichen Verwaltung ohne eigenes Vermögen sind. Beispiele hierfür wären Stadtentwässerung, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Bibliotheken, Museen, Theater und Schwimmbäder. Reine Regiebetriebe sind somit mit sämtlichen Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten in den Einzelplänen bzw. finanzstatistisch in den Funktionen/Gliederungen 0 bis 7 erfaßt.

In den Einzelplänen bzw. den Funktionen/Gliederungen 8 sind öffentliche wirtschaftliche Unternehmen, die nach Eigenbetriebsrecht aufgrund der Eigenbetriebsverordnung bzw. -gesetze der Länder geführt werden, erfaßt. Sie werden auch als verselbständigte Regiebetriebe bezeichnet. Beispiele hierfür sind Versorgungsunternehmen, Verkehrsunternehmen, Unternehmen der Wirtschaftsförderung, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Kur- und Badebetriebe. In den Einzelplänen bzw. den Funktionen/Gliederungen 8 sind außerdem öffentliche Unternehmen enthalten, die als Sondervermögen geführt werden. Beispiele hierfür wären Stiftungen, auf Bundesebene die Bundesdruckerei.

Die unter Funktion/Gliederung 8 erfaßten Teile der öffentlichen Haushalte gehören in den VGR zum Unternehmensbereich. Die VGR-Definition der Unternehmen umschließt mit dem letzten Halbsatz den Bereich öffentliche Unternehmen: „Zum Sektor Unternehmen rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt.“¹⁷ Eine Einzelfallprüfung, ob eine öffentliche Einrichtung dem Staats- oder dem Unternehmenssektor zuzuordnen ist, nimmt die VGR in der Regel nicht vor, maßgeblich ist die finanzstatistische Zuordnung zu den Funktionen/Gliederungen 0 bis 7 oder 8. Werden öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform (GmbH, AG und Genossenschaft) oder als autonome Wirtschaftskörperschaften ohne Rechtspersönlichkeit kraft eigener Gesetze (Bundesbahn und -post) geführt, gehören sie ebenfalls zum Unternehmenssektor.

Die Auslagerung öffentlicher Aufgaben kann, was die VGR-Abgrenzung zwischen Staats- und Unternehmenssektor betrifft, unterschiedliche Sachverhalte beschreiben. Wenn die Tätigkeit eines reinen Regiebetriebes (finanzstatistisch Funktion/Gliederung 0 bis 7) einem privaten Unternehmen (beispielhaft im kommunalen Be-

17) Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3, VGR-Konten und Standardtabellen

reich wäre die Müllabfuhr) übertragen wird, liegt eine Auslagerung aus dem VGR-Staatssektor in den Unternehmenssektor vor. Dies ist auch dann der Fall, wenn ein reiner Regiebetrieb in ein öffentliches Unternehmen privater Rechtsform oder in ein öffentliches Unternehmen, das nach Eigenbetriebsrecht geführt wird, umgewandelt wird. Eine Auslagerung aus dem VGR-Staatssektor liegt nicht vor, wenn ein öffentliches, nach Eigenbetriebsrecht geführtes Unternehmen in ein öffentliches Unternehmen privater Rechtsform umgewandelt wird, denn das öffentliche Unternehmen gehörte bereits zum Unternehmenssektor (finanzstatistisch der Funktion/Gliederung 8 zugeordnet). Ob das öffentliche Unternehmen in der Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen landet, hängt ab von der Tätigkeit, denn diese Statistik erfaßt bisher nur die Bereiche Ver- und Entsorgung sowie Verkehr. Es wird zur Zeit angestrebt, die Gesetzesgrundlage dieser Statistik so zu ändern, daß auch andere Bereiche einbezogen werden. Gelänge das nicht, wären viele der ausgelagerten Aktivitäten — wenn Umsatzsteuer nicht anfällt — nirgendwo, auch nicht in der Umsatzsteuerstatistik, erfaßt.

Auch wenn die Aufgaben eines öffentlichen, nach Eigenbetriebsrecht geführten Unternehmens einem privaten Unternehmen übertragen werden, werden öffentliche Aufgaben ausgelagert, ohne daß es eine Verlagerung zum Unternehmenssektor gibt.

Erfassungslücken — dies berührt nicht den Problembereich Auslagerung öffentlicher Aufgaben — aus finanzstatistischer und VGR-Sicht für den Staatssektor können entstehen, wenn Teile der öffentlichen Haushalte der Funktionen/Gliederungen 0 bis 7 als Sonderrechnung geführt werden. Wichtigstes Beispiel für Sonderrechnungen sind die öffentlichen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Deren Buchführungsergebnisse werden seit längerem von den Statistischen Landesämtern umgeschlüsselt und wieder ins finanzstatistische Berichtssystem integriert. Die Gruppierungstiefe entspricht zwar nicht völlig der Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte, ist aber für die Zwecke der VGR ausreichend.

Ein weiteres Beispiel für Sonderrechnungen ist der Bereich der öffentlichen Abwasser- und Abfallbeseitigung. Er ist in einigen Bundesländern nicht mehr in der Finanzstatistik, sondern in der Statistik der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erfaßt. Hier liegt der Fall vor, daß reine Regiebetriebe aufgrund ihres Rechnungswesens dem Unternehmensbereich zugerechnet werden. Es wird versucht, die Schnittstelle zwischen dem Erhebungsbereich der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und den der Einrichtungen mit Sonderrechnung neu zu definieren. Der Bereich Abwasser- und Abfallbeseitigung soll künftig ähnlich wie der Krankenhausbereich durch Umschlüsselung wieder in die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte eingearbeitet werden.

Bernd Struck

Der öffentliche Haushalt (Provinzialverband, Land)

e) Haushaltsrechnung des Landes Schleswig-Holstein 1965

Nach der Beendigung des 2. Weltkrieges begann für Schleswig-Holstein ein neuer Abschnitt seiner "Selbstverwaltung". Das Land Preußen hatte aufgehört zu bestehen. Aus der ehemals preußischen Provinz wurde 1946 das Land Schleswig-Holstein und 1949 ein Bundesland der in diesem Jahr gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Das Land übernahm die Aufgaben des früheren Provinzialverbandes, darüberhinaus aber weitere Aufgaben, die vorher das Reich oder das Land Preußen wahrgenommen hatten. Vor allem das Schul- und Bildungswesen, die Polizei, die Gerichte und der Strafvollzug sind hier zu nennen.

Auch die Steuereinnahmen wurden neu verteilt. Die Steuern vom Einkommen (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) wurden (wieder) Landessteuern, ab 1955 allerdings Mischsteuern,

von denen gesetzlich bestimmte Anteile dem Bund zufließen (1965 = 39%). Trotzdem bleiben die Einkommensteuern Haupteinnahmequelle des Landes.

Sowohl zwischen dem Land und seinen kommunalen Gebietskörperschaften als auch zwischen den Bundesländern untereinander wurde die Lastenverteilung neu geregelt. Im kommunalen Finanzausgleich stellte das Land ab 1955 21% seines Steueraufkommens (ohne Vermögensteuer), ab 1965 dazu 60% des Kraftfahrzeugsteueraufkommens zur Verfügung. Im Länderfinanzausgleich werden die steuerschwachen von den steuerstarken Ländern unterstützt, damit sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können. Schleswig-Holstein gehört seit Einführung des Länderfinanzausgleiches zu den empfangsberechtigten Ländern (1965 = rund 370 Mill. DM).

Einnahmen (Ist)	
	1 000 DM
Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt	
<u>Oberste Staatsorgane</u>	1 741
dar. Landtag	370
Ministerien	1 352
<u>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</u>	6 239
dav. Polizei	2 113
Zivilschutz	4 126
<u>Rechtsschutz</u>	26 986
dar. Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	23 458
Strafvollzugsanstalten	3 205
Arbeits- und Sozialgerichte	194
<u>Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben</u>	230
<u>Finanzverwaltung</u>	7 315
dar. Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung	5 808
<u>Unterricht</u>	38 773
dar. Volksschulen	22 884
Mittelschulen	4 194
Höhere Schulen	6 874
Berufsbildende Schulen (einschl. Ingenieurschulen)	4 806
<u>Wissenschaft, Kunst und Volksbildung</u>	47 354
dar. Universität in Kiel	17 086
Universitätskliniken	23 292
Pädagogische Hochschulen (Kiel, Flensburg)	197
Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Archive	681
Theater und Konzerte	1 004
<u>Kirchliche Angelegenheiten</u>	164
<u>Soziale Angelegenheiten</u>	58 070
dar. Landessozialamt, Landesfürsorgeverband, Jugendwohlfahrtsbehörden, Lastenausgleichsverwaltung	11 103
Sozialhilfe (Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz soweit die Länder überörtliche Träger der Sozialhilfe sind, vgl. § 100 ff des Bundessozialhilfegesetzes)	30 713
Einrichtungen der Sozialhilfe	2 356
Jugendhilfe, Einrichtungen der Jugendhilfe	2 301
<u>Gesundheit, Sport und Leibesübungen</u>	36 477
dar. Gesundheitsdienst und übrige Einrichtungen	1 529
Krankenhäuser und Heilstätten	5 075
Anstalten für Nerven- und Geisteskrank	28 116
Sport und Leibesübungen	1 757

Ausgaben (Ist)	
	1 000 DM
Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt	
<u>Oberste Staatsorgane</u>	50 086
dar. Landtag	3 796
Ministerien	41 711
<u>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</u>	90 219
dav. Polizei	82 964
Zivilschutz	7 255
<u>Rechtsschutz</u>	73 077
dar. Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	55 162
Strafvollzugsanstalten	11 576
Arbeits- und Sozialgerichte	4 133
<u>Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben</u>	9 196
<u>Finanzverwaltung</u>	51 980
dar. Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung	45 089
<u>Unterricht</u>	286 185
dar. Volksschulen	150 422
Mittelschulen	36 834
Höhere Schulen	57 634
Berufsbildende Schulen (einschl. Ingenieurschulen)	40 827
<u>Wissenschaft, Kunst und Volksbildung</u>	136 359
dar. Universität in Kiel	57 848
Universitätskliniken	36 446
Pädagogische Hochschulen (Kiel, Flensburg)	4 441
Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Archive	8 264
Theater und Konzerte	5 893
<u>Kirchliche Angelegenheiten</u>	6 049
<u>Soziale Angelegenheiten</u>	144 367
dar. Landessozialamt, Landesfürsorgeverband, Jugendwohlfahrtsbehörden, Lastenausgleichsverwaltung	13 130
Sozialhilfe (Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz soweit die Länder überörtliche Träger der Sozialhilfe sind, vgl. § 100 ff des Bundessozialhilfegesetzes)	56 241
Einrichtungen der Sozialhilfe	5 006
Jugendhilfe, Einrichtungen der Jugendhilfe	14 493
<u>Gesundheit, Sport und Leibesübungen</u>	54 370
dar. Gesundheitsdienst und übrige Einrichtungen	6 106
Krankenhäuser und Heilstätten	11 189
Anstalten für Nerven- und Geisteskrank	31 270
Sport und Leibesübungen	5 805

Der öffentliche Haushalt (Provinzialverband, Land)

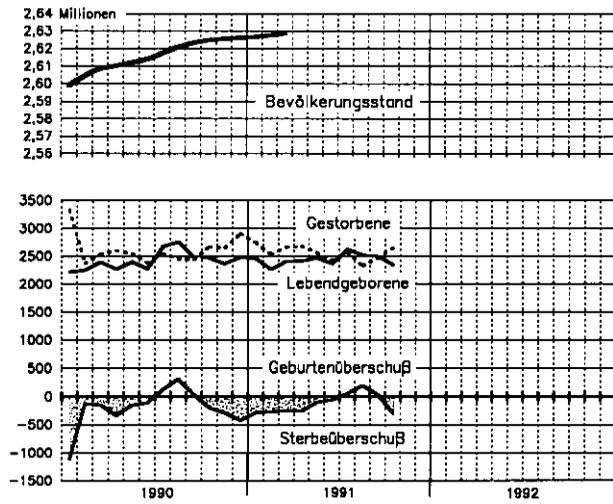
Schluß: e) Haushaltsrechnung des Landes Schleswig-Holstein 1965

Einnahmen (Ist)		Ausgaben (Ist)	
	1 000 DM		1 000 DM
Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt		Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt	
<u>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</u>	209 911	<u>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</u>	298 723
dar. Ernährung und allgemeine Förderung der Landwirtschaft, besondere landeseigene Einrichtungen	155 918	dar. Ernährung und allgemeine Förderung der Landwirtschaft, besondere landeseigene Einrichtungen	213 806
Ländliche Siedlung	11 642	Ländliche Siedlung	1 097
Flurbereinigung, Umliegungen	33 660	Flurbereinigung, Umliegungen	66 082
Tierzucht, Tiergesundheit, Tierhaltung	3 572	Tierzucht, Tiergesundheit, Tierhaltung	7 666
Übriges aus Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Allgemeine Förderung der Fischerei, Kosten der Fischereiaufsicht u. a.)	3 725	Übriges aus Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Allgemeine Förderung der Fischerei, Kosten der Fischereiaufsicht u. a.)	5 549
<u>Wasserwirtschaft und Kulturbau (Küstenschutz, Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Zuschüsse zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen u. a.)</u>	75 884	<u>Wasserwirtschaft und Kulturbau (Küstenschutz, Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Zuschüsse zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen u. a.)</u>	138 388
<u>Förderung der gewerblichen Wirtschaft</u>	13 028	<u>Förderung der gewerblichen Wirtschaft</u>	30 491
dar. Wirtschaftsförderung im Inland	10 777	dar. Wirtschaftsförderung im Inland	29 051
<u>Verkehr</u>	11 577	<u>Verkehr</u>	121 250
dar. Straßenbaubehörden	5 970	dar. Straßenbaubehörden	16 837
Landesstraßen (L. I. O.)	1 838	Landesstraßen (L. I. O.)	35 409
Kreisstraßen (L. II. O.)	22	Kreisstraßen (L. II. O.)	19 183
Übrige Straßen (ohne Bundesstraßen)	425	Übrige Straßen (ohne Bundesstraßen)	17 890
Wasserstraßen (Schifffahrt)	1 304	Wasserstraßen (Schifffahrt)	27 083
Schienenverkehr	296	Schienenverkehr	1 251
Luftfahrt	13	Luftfahrt	412
<u>Landesplanung und Raumordnung, Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft</u>	43 983	<u>Landesplanung und Raumordnung, Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft</u>	124 293
dar. Allgemeine Bauverwaltung, Vermessung und Landesplanung	21 705	dar. Allgemeine Bauverwaltung, Vermessung und Landesplanung	39 486
Förderung des Wohnungsbaues	22 238	Förderung des Wohnungsbaues	84 807
<u>Wiedergutmachung (Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom 29. 6. 1955 - BGBl. I S. 562 - und nach den Landesgesetzen)</u>	202	<u>Wiedergutmachung (Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom 29. 6. 1955 - BGBl. I S. 562 - und nach den Landesgesetzen)</u>	35 897
<u>Wirtschaftsunternehmen</u>	14 368	<u>Wirtschaftsunternehmen</u>	11 196
dar. Land- und forstwirtschaftliche sowie gewerbliche Unternehmen	14 265	dar. Land- und forstwirtschaftliche sowie gewerbliche Unternehmen	11 035
<u>Allgemeine Finanzen</u>	1 611 963	<u>Allgemeine Finanzen</u>	535 111
dar. Steuern	917 275		
dar. Lohnsteuer (Anteil)	319 376		
veranlagte Einkommensteuer (Anteil)	306 111		
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag (Anteil)	7 404		
Körperschaftsteuer (Anteil)	77 676		
Vermögensteuer	35 052		
Erbschaftsteuer	7 281		
Grunderwerbsteuer	17 546		
Kraftfahrzeugsteuer	106 022		
Versicherungsteuer	7 449		
Rennwett- und Lotteriesteuer	14 649		
Wechselsteuer	5 631		
Biersteuer	8 652		
Allgemeine Finanzausweisungen	383 049	dar. Allgemeine Finanzausweisungen	232 102
Allgemeines Grundvermögen	4 016	dar. Schlüsselzuweisungen	154 780
Schulden	228 528	Allgemeines Grundvermögen	3 429
dar. Förderung des Wohnungsbaues	23 036	Schulden	123 279
Versorgung (Pensionen der Beamten, auch Erstattungen nach GG Art. 131)	38 465	dar. Förderung des Wohnungsbaues	49 665
		Versorgung (Pensionen der Beamten, einschl. Zuschüsse nach GG Art. 131)	172 075
<u>Sonstige Aufgabenbereiche</u>	1 221	<u>Sonstige Aufgabenbereiche</u>	1 962
Insgesamt	2 205 486	Insgesamt	2 199 199
darunter Außerordentlicher Haushalt	226 584	darunter Außerordentlicher Haushalt	201 788

QUELLE: Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein (Statistik der Staatsfinanzen 1965)

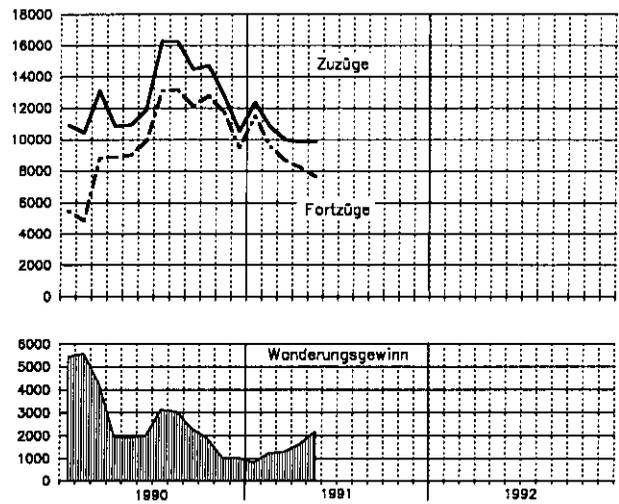
Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

Bevölkerungsstand

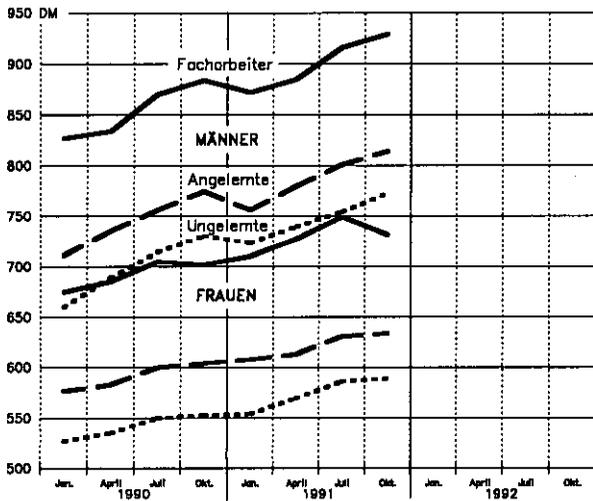


Bevölkerungsveränderung

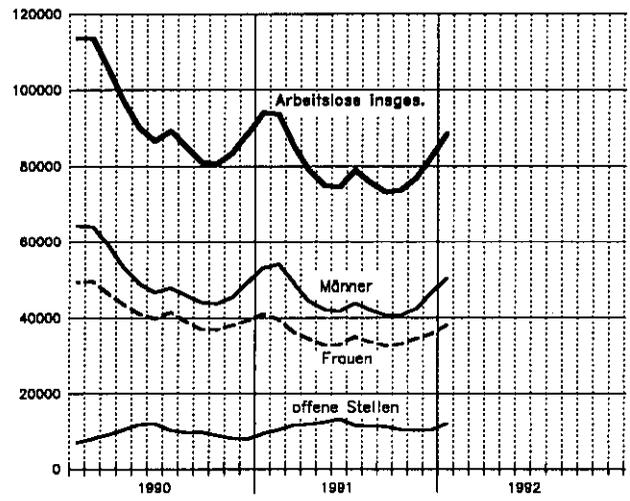
D 6009 - A Stat. LA S-H



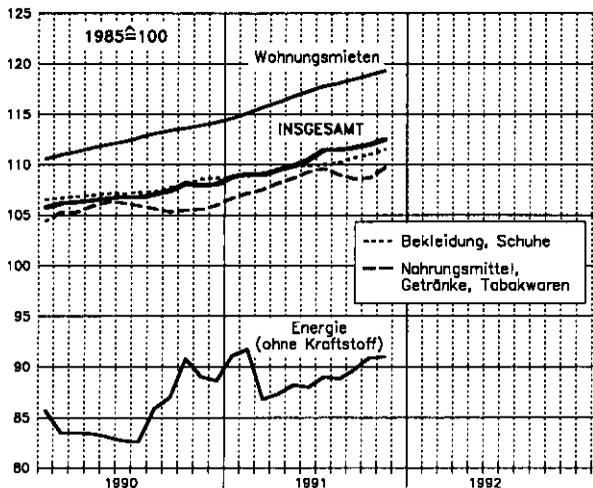
Bruttowochenverdienste



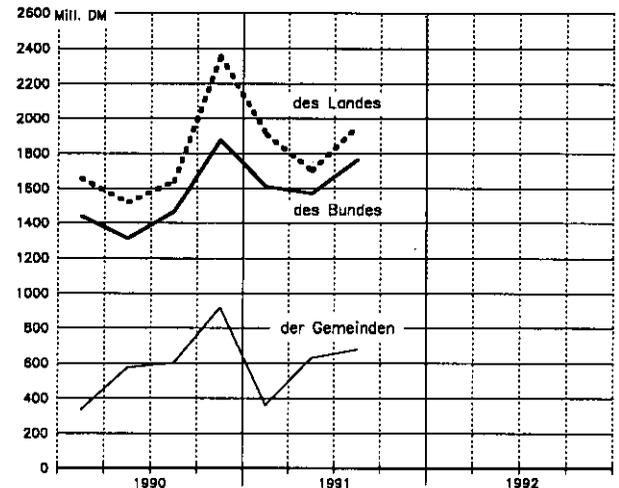
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

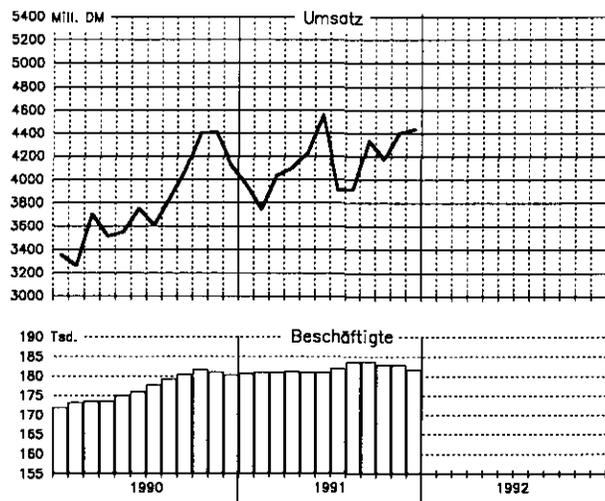


Steuereinnahmen



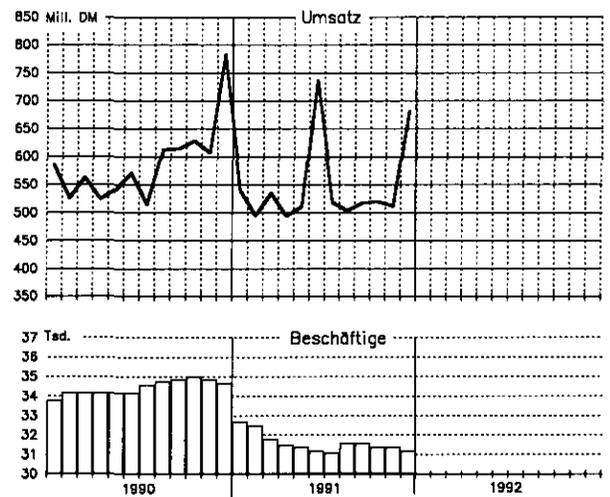
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

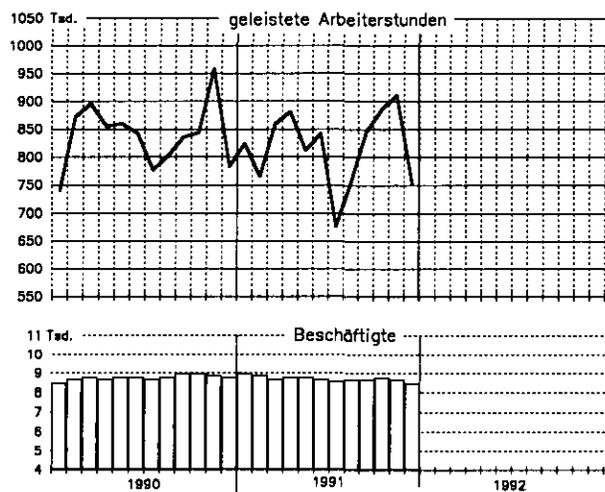


D 6010 - B Stat. LA S-H

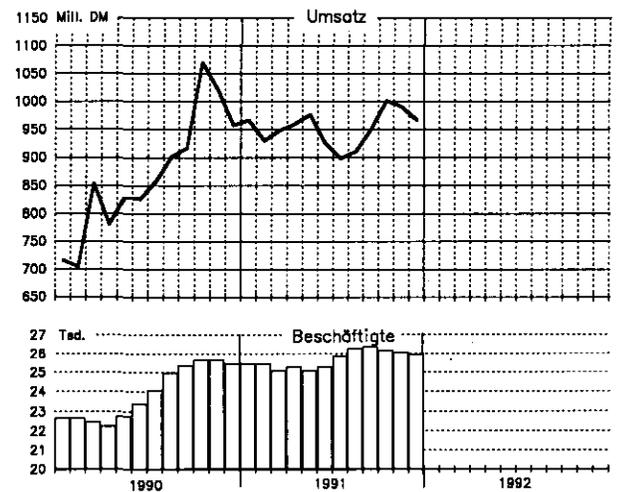
darunter Maschinenbau



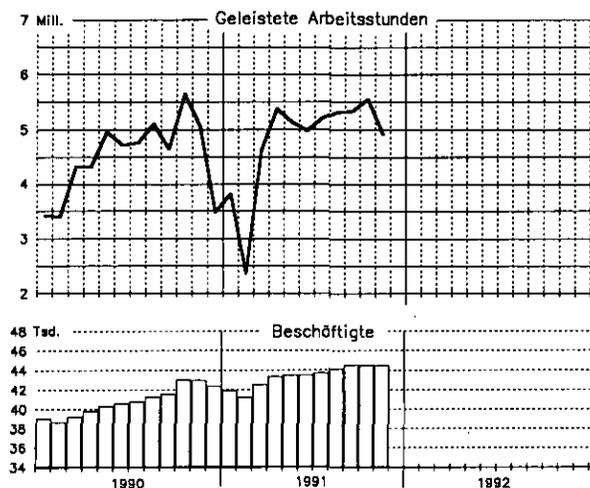
darunter Schiffbau



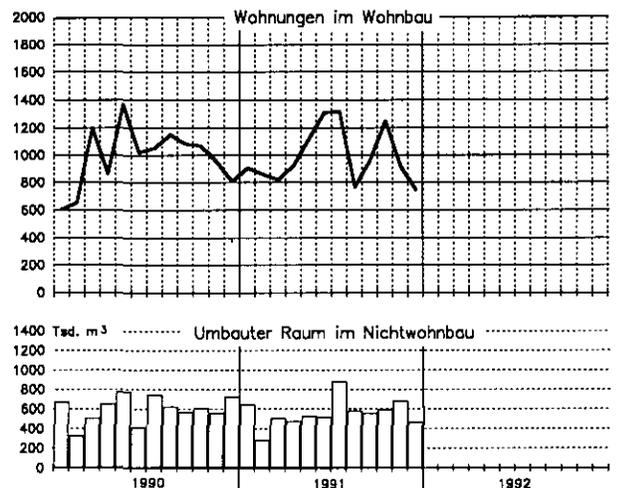
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

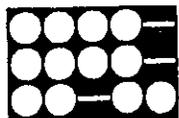


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





Zahlenbeilage

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

44. Jahrgang

Heft 2

Februar 1992

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Dezember 1991		Januar bis Dezember 1991	
Beschäftigte	1 000	182	+ 0,8	182	+ 2,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	+ 0,1	16	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	801	+ 6,8	756	+ 9,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 440	+ 7,8	4 150	+ 9,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 522	+ 8,8	3 309	+ 12,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	918	+ 4,2	841	- 0,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 204	+ 0,2	2 290	+ 2,7
aus dem Inland	Mill. DM	1 566	+ 2,0	1 650	+ 9,8
aus dem Ausland	Mill. DM	638	- 4,0	640	- 12,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	199	- 1,6
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	44	+ 3,1	43	+ 4,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	- 0,7	5	+ 1,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	144	+ 8,9	147	+ 11,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	602	+ 6,9	500	+ 8,3
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	295	+ 2,3	288	+ 2,2
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	744	- 7,8	991	+ 0,5
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	471	- 35,4	564	- 6,3
EINZELHANDEL					
		November 1991		Januar bis November 1991	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	145,7	+ 1,1	136,9	+ 7,3
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	98,1	+ 5,0	124,0	+ 4,2
FREMDENERKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	230	+ 9,7	352	+ 6,6
Übernachtungen	1 000	767	+ 9,4	1 828	+ 6,9
ARBEITSMARKT					
Arbeitslose	Anzahl	77 013	- 7,8	80 588	- 14,5
AUSSENHANDEL					
		Oktober 1991		Januar bis Oktober 1991	
Ausfuhr	Mill. DM	1 091,1	- 1,7	1 025,9	+ 2,4
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾					
		Dezember 1991		Januar bis Dezember 1991	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	11 549	+ 10,5	11 030	+ 10,4
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Mill. DM	57 220	+ 7,2	54 955	+ 4,8

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1990	Jan. 1991	Febr. 1991	März 1991	April 1991	Mai 1991	Juni 1991	Juli 1991	Aug. 1991	Sept. 1991	Okt. 1991	Nov. 1991	Dez. 1991
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,6	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8
	Bund	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	pt 0,1	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 4,7	+ 4,6	+ 2,7	- 1,5	+ 10,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,4	- 0,7	- 3,5	+ 0,1
	Bund	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,0	- 5,5	+ 7,6	- 5,6	+ 3,3	+ 2,9	- 3,5	+ 0,5	- 3,1	p- 3,9	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,9	+ 11,4	+ 10,7	+ 9,8	+ 10,9	+ 11,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 6,3	+ 7,2	+ 6,1	+ 9,1	+ 6,8
	Bund	+ 7,8	+ 9,0	+ 8,6	+ 7,0	+ 8,9	+ 7,5	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,0	+ 8,4	+ 6,0	pt 4,3	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 11,2	+ 17,9	+ 14,9	+ 9,1	+ 16,7	+ 19,4	+ 21,6	+ 8,3	+ 2,1	+ 6,4	- 5,1	- 0,0	+ 7,8
	Bund	+ 6,9	+ 12,4	+ 9,5	+ 2,8	+ 17,8	+ 1,1	+ 13,3	+ 10,6	+ 1,6	+ 6,4	+ 2,7	pt 2,6	...
Inlandsumsatz	Land	+ 13,7	+ 28,4	+ 19,7	+ 15,1	+ 24,4	+ 18,2	+ 25,0	+ 11,2	+ 4,3	+ 5,9	- 1,7	- 0,9	+ 8,8
	Bund	+ 9,4	+ 18,3	+ 15,2	+ 9,4	+ 23,5	+ 6,9	+ 18,8	+ 14,9	+ 3,9	+ 10,2	+ 3,6	pt 2,7	...
Auslandsumsatz	Land	+ 3,6	- 11,9	+ 0,6	- 10,3	- 7,0	+ 23,6	+ 10,4	- 3,4	- 6,7	+ 8,1	- 17,2	+ 3,1	+ 4,2
	Bund	+ 1,3	- 1,2	- 3,1	- 11,5	+ 4,6	- 12,1	+ 0,5	+ 0,0	- 4,5	+ 2,0	- 0,2	pt 2,3	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 2,0	+ 31,1	+ 8,0	- 15,7	+ 16,4	+ 7,5	+ 6,0	+ 5,2	+ 7,4	- 5,2	+ 0,7	- 15,6	+ 0,2
	Bund	+ 5,8	+ 10,7	+ 5,9	- 1,0	+ 10,8	- 3,2	+ 7,8	+ 5,3	- 3,1	+ 0,8	- 3,4	- 2,9	...
aus dem Inland	Land	+ 4,6	+ 48,5	+ 9,3	+ 10,8	+ 25,6	- 8,9	+ 12,7	+ 7,2	+ 16,2	+ 0,2	+ 1,5	+ 5,3	+ 2,0
	Bund	+ 9,9	+ 18,2	+ 14,6	+ 9,1	+ 19,0	+ 0,9	+ 12,5	+ 7,3	- 3,3	+ 3,8	- 2,2	- 2,5	...
aus dem Ausland	Land	- 13,2	- 3,0	+ 5,3	- 48,3	- 2,9	+ 50,6	- 8,5	+ 0,4	- 13,5	- 18,9	- 1,7	- 44,6	- 4,0
	Bund	- 1,0	- 1,7	- 8,3	- 17,3	- 2,9	- 10,6	- 0,9	+ 1,8	- 2,7	- 4,7	- 6,0	- 3,8	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 6,4	-----	- 5,4	-----	-----	+ 17,1	-----	-----	- 15,2	-----	-----	+ 0,0	-----
	Bund	- 1,2	-----	+ 2,9	-----	-----	+ 1,7	-----	-----	- 3,8	-----	-----	...	-----
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 5,1	+ 7,4	+ 6,5	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,1
	Bund	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	pt 1,0	pt 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 5,2	+ 12,0	- 30,4	+ 2,6	+ 19,1	- 0,8	+ 0,9	+ 4,9	- 0,3	+ 10,0	- 1,6	- 2,7	- 0,7
	Bund	+ 2,6	+ 2,0	- 30,1	- 5,9	+ 12,7	- 9,2	+ 5,2	+ 4,7	- 4,6	pt 5,7	p- 0,7
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 13,9	+ 19,5	- 10,5	+ 16,5	+ 17,4	+ 9,6	+ 8,4	+ 12,8	+ 5,6	+ 14,3	+ 11,3	+ 13,8	+ 8,9
	Bund	+ 10,8	+ 9,9	- 12,2	+ 8,6	+ 14,0	+ 7,2	+ 7,6	+ 10,7	+ 4,8	pt 11,7	pt 9,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 18,3	+ 43,5	+ 13,5	- 4,4	+ 16,9	+ 2,0	+ 11,5	+ 8,2	+ 0,2	+ 17,0	+ 6,9	- 1,1	+ 6,9
	Bund	+ 12,2	+ 12,2	- 4,3	+ 0,8	+ 17,2	+ 6,9	+ 16,9	+ 17,8	+ 11,6
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 19,3	+ 40,8	- 7,4	+ 0,8	- 12,0	- 2,5	+ 7,0	+ 13,2	+ 13,4	+ 0,3	- 10,8	+ 1,3	+ 2,3
	Bund	+ 15,0	+ 5,4	+ 1,4	+ 4,1	+ 8,5	+ 9,5	+ 12,5	+ 14,3	+ 13,1	pt 26,1	pt 8,3
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 50,8	+ 50,1	+ 31,6	- 31,7	+ 7,1	- 18,4	+ 28,2	+ 25,5	- 33,6	- 11,4	+ 17,2	- 4,1	- 7,8
	Bund	pt 33,6	pt 10,8	pt 6,0	p- 11,7	pt 3,6	p- 6,7	pt 3,6	pt 6,5	pt 7,4
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	- 3,6	- 12,4	- 0,6	- 27,1	- 32,3	+ 25,9	+ 18,4	- 7,0	- 2,1	- 2,6	+ 21,1	- 35,4
	Bund	pt 7,9	p- 0,8	pt 16,5	p- 9,5	pt 19,1	pt 4,6	pt 15,1	pt 6,6	pt 16,0
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 12,7	+ 16,7	+ 10,3	+ 13,0	+ 9,2	+ 11,4	+ 9,8	+ 7,1	+ 0,1	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,1	...
	Bund	+ 10,6	+ 16,3	+ 12,8	+ 11,6	+ 14,6	+ 8,6	+ 13,6	+ 10,6	+ 0,4	+ 2,2	+ 4,7	pt 2,3	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 5,8	+ 1,1	- 3,4	+ 16,8	+ 1,5	+ 9,8	- 2,0	+ 2,2	+ 5,4	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,0	...
	Bund	+ 5,6	+ 3,2	- 1,3	+ 3,7	+ 5,2	+ 0,2	+ 6,2	+ 2,9	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,7	pt 1,1	...
FREMDENERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 10,2	+ 9,4	+ 3,8	+ 36,6	- 2,5	pt 14,1	p- 3,7	pt 2,8	pt 9,2	pt 3,6	pt 4,9	pt 9,7	...
	Bund	+ 6,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 5,5	+ 3,7	- 0,6	+ 0,8	- 0,6	+ 0,6
Übernachtungen	Land	+ 9,9	+ 16,8	+ 18,0	+ 53,7	- 5,0	pt 12,6	p- 7,5	pt 3,2	pt 9,1	pt 6,0	pt 9,8	pt 9,4	...
	Bund	+ 5,1	+ 6,7	+ 5,6	+ 12,5	+ 0,5	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,6	+ 6,3
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 17,0	- 17,4	- 19,0	- 18,6	- 16,8	- 13,9	- 11,6	- 11,0	- 9,7	- 8,6	- 7,8	...
	Bund	- 7,6	- 14,5	- 13,2	- 14,0	- 13,7	- 12,0	- 11,9	- 9,1	- 7,8	- 6,8	- 5,2	- 4,0	...
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	- 4,7	- 4,0	+ 0,0	- 10,5	- 10,2	- 10,6	+ 21,1	+ 6,8	+ 9,1	+ 37,0	- 1,7
	Bund	+ 0,3	- 2,4	- 1,8	- 9,8	+ 1,0	- 4,4	+ 4,0	+ 6,2	+ 1,7	+ 7,0	- 1,1
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾														
kurzfristige Kredite	Land	+ 10,3	+ 10,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 9,2	+ 10,2	+ 8,5	+ 12,8	+ 11,5	+ 11,4	+ 11,3	+ 13,1	+ 10,5
	Bund
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Land	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,4	+ 5,2	+ 5,7	+ 6,5	+ 6,8	+ 7,2
	Bund

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

6) Land: an inländische Unternehmen und Private) ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private)

7) einschließlich durchlaufender Kredite

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ^{a)}	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾					
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %
	in 1 000												
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	75 846	4,7	59 503	1,5
1990	135	12	48	62	3	82 770	9,1	62 675	5,3

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg Je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	530	2 320	2 324	4 881	2 186	139	972

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000		in Mill. DM		1 000 t SKE ⁸⁾							
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42

1) Ergebnisse der I3-Mikrozensusserhebungen

2) ab 1988 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr			Fremdenverkehr ³⁾					
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	Ankünfte		Übernachtungen		
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen	
					Mill. DM			in 1 000				
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 125 ^a	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete		Verletzte	Hilfe zum Lebensunterhalt			Empfänger in 1 000
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000											
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1

Jahr	Steuern						Fundierte Schulden					
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 790	2 956

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohngebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100			Bruttowochenlohn	Bruttomonatsgehalt	Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾					
					Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1986	97,5	94,3	101,4	99,9	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616	
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703	
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767	
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805	
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852	

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 574	2 614	2 625	2 625	2 626	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 437	1 544	1 321	1 076	1 306	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,7	7,1	5,9	5,0	5,9	
Lebendgeborene	Anzahl	2 281	2 421	2 470	2 367	2 480	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,6	11,1	11,1	11,0	11,1	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 546	2 622	2 668	2 652	2 901	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	12,0	12,0	12,3	13,0	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	16	14	24	16	
je 1 000 Lebendgeborene		6,6	6,6	5,7	10,1	6,5	
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 264	- 201	- 198	- 285	- 421	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,2	- 0,9	- 0,9	- 1,3	- 1,9	
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 672	12 773	14 708	12 797	10 531	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 904	9 945	12 797	11 755	9 475	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 768	+ 2 828	+ 1 911	+ 1 042	+ 1 056	
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 121	9 400	10 303	9 604	8 454	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 697	32 118	37 808	34 155	28 460	
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	101	94	81	84	89	73	74	77	...	
darunter Männer	1 000	57	52	44	46	49	41	41	42	...	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,5	3,5	0,8	1,3	2,1	3,3	3,6	4,2	...	
darunter Männer	1 000	5,8	3,4	0,7	1,2	1,9	2,7	3,0	3,5	...	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	6,5	9,3	8,9	8,1	7,9	11,2	10,4	10,2	...	
LANDWIRTSCHAFT											
VIHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 491 ^a	1 525 ^a	.	.	1 525	.	.	.	p 1 473	
darunter Milchkühe	1 000	480 ^a	472 ^a	.	.	472	.	.	.	p 460	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
Schweine	1 000	1 451 ^a	1 445 ^a	.	.	1 445	.	.	.	p 1 394	
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	144 ^a	.	.	144	.	.	.	p 138	
darunter trächtig	1 000	99 ^a	99 ^a	.	.	99	.	.	.	p 96	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	49	79	71	50	72	77	63	47	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	189	200	226	227	181	167	166	165	151	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	2	2	1	1	2	1	
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,0	33,1	44,5	41,5	31,2	36,8	38,5	33,4	27,5	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	15,2	23,9	20,7	14,9	21,7	23,4	18,6	13,9	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	16,0	17,5	20,1	20,1	15,8	14,6	14,7	14,4	13,2	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	312	310	303	296	300	303	305	298	298	
Kälber	kg	131	125	120	123	119	127	128	131	128	
Schweine	kg	85	88	89	89	88	88	89	89	88	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	99	96	
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	77	63	
MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	201	194	191	181	188	187	191	182	...	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	94	94	92	93	94	...	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	13,4	13,0	12,6	12,7	13,2	13,0	12,9	...	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	169	177	182	181	180	184	183	183	182
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	119	123	123	122	123	123	123	121
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 483	16 205	17 519	17 698	15 128	16 970	17 391	17 070	15 147
Lohnsumme	Mill. DM	360,4	397,6	413,1	514,3	418,4	413,7	433,7	551,3	442,2
Gehaltssumme	Mill. DM	270,4	295,8	285,7	387,6	332,2	312,7	307,7	432,5	359,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 274	2 228	2 304	2 696	2 205	2 344	2 319	2 267	2 204
aus dem Inland	Mill. DM	1 437	1 502	1 696	1 560	1 540	1 778	1 721	1 643	1 566
aus dem Ausland	Mill. DM	837	726	608	1 126	665	567	597	624	638
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 414	3 797	4 396	4 406	4 123	4 333	4 173	4 405	4 440
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 595	2 949	3 446	3 462	3 242	3 439	3 387	3 432	3 522
Auslandsumsatz	Mill. DM	819	849	949	944	881	894	786	973	918
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	47,0	46,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	63	71
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	56	65
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	281	297	324	327	290	294	324	321	297
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	44	44	40	27	38	43	37
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	115,3
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 744	41 773	43 065	43 047	42 447	44 602	44 564	44 525	43 783
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 382	4 608	5 641	5 061	3 485	5 338	5 548	4 923	3 461
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 623	1 782	2 160	1 943	1 364	2 089	2 184	2 005	1 329
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 181	1 213	1 416	1 339	935	1 455	1 458	1 319	988
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 493	1 484	1 829	1 604	1 088	1 685	1 790	1 504	1 068
Lohnsumme	Mill. DM	97,2	110,9	125,3	164,2	108,7	126,3	138,6	186,8	117,3
Gehaltssumme	Mill. DM	19,3	21,8	21,0	34,5	23,9	22,6	24,2	39,4	27,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	390,8	462,1	559,3	609,3	563,1	591,5	598,0	602,6	602,0
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	236,4	282,2	322,1	253,6	288,5	339,0	287,3	256,9	295,0
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 542	8 284	8 929	8 891	8 733	9 026	9 579	9 591	9 411
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	896	978	1 136	1 095	931	1 063	1 214	1 140	1 027
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	21,6	25,3	27,8	32,1	27,5	27,7	31,3	36,9	31,8
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	64,0	75,2	92,2	101,8	123,0	100,9	107,6	110,8	151,3
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 185	2 263	1 765	2 370	2 622	1 585	1 931	1 919	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	944	972	1 022	1 026	1 047	882	1 080	1 082	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,2	104,8	.	.	107,3	111,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	159,2	185,4	.	.	220,3	221,7

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein, ab Januar 1991 eigene Erhebung 11) ohne handwerkliche Hebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	440	509	508	418	300	508	616	524	328	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	373	414	422	303	225	425	517	430	237	
2 Wohnungen	Anzahl	40	53	45	42	31	38	44	47	35	
Rauminhalt	1 000 m³	353	482	503	420	364	471	588	448	330	
Wohnfläche	1 000 m²	63	87	92	79	64	85	109	83	62	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	113	123	124	91	113	102	113	99	80	
Rauminhalt	1 000 m³	557	602	612	568	729	564	596	688	471	
Nutzfläche	1 000 m²	90	97	98	81	110	86	101	106	75	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	730	1 148	1 204	1 101	1 062	1 086	1 446	1 108	900	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 046,3	997,1	1 110,2	1 079,5	864,7	1 042,1	1 091,1	
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	184,9	145,4	162,7	122,6	127,4	165,4	186,7	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	861,4	851,7	947,5	956,9	737,3	876,7	904,4	
davon Rohstoffe	Mill. DM	16,2	14,7	20,5	14,5	10,9	15,0	18,6	
Halbwaren	Mill. DM	64,6	62,0	61,2	82,1	48,7	48,1	53,1	
Fertigwaren	Mill. DM	780,6	775,0	865,8	860,3	677,7	813,6	832,7	
davon Vorerzeugnisse	Mill. DM	125,7	122,1	139,5	123,4	103,0	109,8	136,3	
Enderzeugnisse	Mill. DM	654,9	652,9	726,3	736,8	574,7	703,9	696,4	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	514,1	509,2	546,5	526,9	443,1	499,5	573,4	
darunter Niederlande	Mill. DM	104,7	102,2	123,7	111,7	92,0	96,9	123,3	
Frankreich	Mill. DM	93,4	90,2	88,0	104,8	72,9	75,5	90,4	
Dänemark	Mill. DM	74,5	77,6	76,3	88,9	65,5	87,4	80,2	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,5	75,7	80,0	71,3	69,0	71,5	78,1	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	116,2	130,8	136,8	144,2	166,3	127,1	140,2	145,7	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	111,3	117,7	115,2	93,5	103,7	142,3	121,0	98,1	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	287	317	348	210	162	p 432	p 365	p 230	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	37	40	40	34	26	p 47	p 48	p 46	...	
Übernachtungen	1 000	1 471	1 616	1 544	701	580	p 2 349	p 1 695	p 767	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	72	73	78	62	50	p 86	p 98	p 95	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 490	...	1 893	1 546	
Güterversand	1 000 t	920	...	949	890	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	136	138	143	134	147	p 148	p 145	p 156	...	
Güterversand	1 000 t	158	165	159	167	191	p 146	p 151	p 166	...	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	258	294	82	56	53	201	135	
Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	8 970	10 060	11 648	10 976	8 698	7 350	9 562	
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	467	570	652	673	529	639	661	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 399	1 444	1 350	1 411	1 212	p 1 619	p 1 269	p 1 409	p 1 268	
Getötete Personen	Anzahl	29	30	18	43	27	p 33	p 20	p 31	p 30	
Verletzte Personen	Anzahl	1 802	1 881	1 663	1 787	1 602	p 2 142	p 1 614	p 1 812	p 1 623	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt)	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	80 020	83 070	81 811	82 214	83 070	89 001	89 664	90 614	91 436	
darunter											
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	78 780	81 367	80 166	80 492	81 367	87 489	88 175	89 159	89 952	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 784	10 565	10 356	10 213	10 565	11 550	11 530	11 705	11 791	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 336	10 451	10 163	10 118	10 451	11 336	11 311	11 444	11 549	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	448	114	193	95	114	213	219	261	242	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 157	4 564	4 329	4 465	4 564	5 270	5 339	5 429	5 504	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 636	3 810	3 654	3 695	3 810	4 234	4 291	4 303	4 370	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	521	754	675	771	754	1 036	1 048	1 125	1 134	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 839	66 238	65 481	65 814	66 238	70 670	71 306	72 025	72 657	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 165	49 552	49 161	49 352	49 552	51 400	51 944	52 370	52 850	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 674	16 686	16 319	16 461	16 686	19 270	19 362	19 656	19 807	
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	60 676	64 837	62 493	63 470	64 837	63 502	64 036	65 325	66 933	
Sichteinlagen und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	40 596	45 311	43 623	44 638	45 311	44 518	45 052	46 349	47 265	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	32 511	36 871	35 452	36 407	36 871	39 238	39 616	40 762	41 652	
Spareinlagen bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	8 086	8 440	8 171	8 231	8 440	5 280	5 436	5 587	5 612	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	20 080	19 526	18 870	18 832	19 526	18 984	18 984	18 977	19 669	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	4 103	4 623	.	.	4 623	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	3 786	4 013	.	.	4 013	
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	59	47	44	34	40	45	37	29	54	
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	-	-	2	-	-	-	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	142	122	164	97	88	93	
Wechselsumme	Mill. DM	1,0	1,1	0,8	0,4	0,7	0,9	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt			4.Vj.90	3.Vj.91	4.Vj.91			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 099,1	3 012,8	-	-	3 829,3	3 574,1	-	-	4 063,1	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 178,7	2 105,4	-	-	2 855,5	2 506,1	-	-	2 885,9	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 574,5	1 549,3	-	-	1 908,9	1 801,3	-	-	2 184,6	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,4	376,4	-	-	625,3	355,7	-	-	445,4	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	71,6	55,1	-	-	43,0	125,9	-	-	38,6	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	183,3	124,5	-	-	278,3	223,2	-	-	217,3	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	920,3	907,5	-	-	973,7	1 068,0	-	-	1 177,2	
Umsatzsteuer	Mill. DM	519,2	607,8	-	-	633,0	712,5	-	-	788,7	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	401,1	299,7	-	-	340,7	355,5	-	-	388,5	
Bundessteuern	Mill. DM	142,6	55,4	-	-	49,9	52,6	-	-	50,5	
Zölle	Mill. DM	- 0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	122,8	34,3	-	-	40,3	34,7	-	-	37,1	
Landessteuern	Mill. DM	212,2	213,8	-	-	229,2	222,9	-	-	243,7	
Vermögensteuer	Mill. DM	35,8	37,2	-	-	43,7	42,1	-	-	43,1	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92,1	90,4	-	-	93,1	78,7	-	-	104,1	
Biersteuer	Mill. DM	6,9	7,9	-	-	8,8	11,6	-	-	8,9	
Gemeindesteuern	Mill. DM	334,0	339,7	-	-	335,2	400,6	-	-	...	
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,6	-	-	7,1	8,1	-	-	...	
Grundsteuer B	Mill. DM	76,9	76,6	-	-	71,6	100,9	-	-	...	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	238,0	241,4	-	-	244,1	274,0	-	-	...	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 620,0	1 523,6	-	-	1 877,0	1 764,8	-	-	2 000,6	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	860,0	858,5	-	-	1 152,0	996,9	-	-	1 140,8	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	598,2	589,8	-	-	632,9	694,2	-	-	765,1	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	-	42,1	21,2	-	-	44,1	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 734,2	1 794,0	-	-	2 356,0	1 956,9	-	-	2 115,1	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	998,8	927,9	-	-	1 296,3	1 152,4	-	-	1 317,0	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	503,9	632,5	-	-	788,4	558,8	-	-	507,0	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	-	42,1	22,8	-	-	47,5	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	611,2	607,7	-	-	917,6	677,0	-	-	...	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	199,4	201,7	-	-	159,8	230,0	-	-	...	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	315,8	313,4	-	-	403,5	320,4	-	-	430,6	

Fußnoten nächste Seite

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1989	1990	1990			1991				
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100										
Einfuhrpreise ⁵⁾	84,4	82,5	85,0	84,1	83,4	82,7	82,9	82,4
Ausfuhrpreise ⁵⁾	102,1	102,2	102,5	102,4	102,3	103,8	103,7	103,6
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	92,8	91,4	93,1	92,3	91,7	91,1	91,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	99,3	101,0	102,1	101,8	101,5	104,3	104,4	104,3
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,8	94,7	90,7	91,2	92,0	96,0	94,8
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	109,4	116,4	.	118,6	.	.	.	126,5	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	96,4	95,7	95,2	94,9	94,8	99,2	99,0
Einzelhandelspreise	102,3	104,4	105,5	105,4	105,4	107,4	107,7	108,3	108,3	108,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,2	107,0	108,2	108,0	108,1	111,7	112,0	112,5	112,6	112,6
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	102,6	105,6	105,5	105,6	106,0	108,6	108,7	109,7	110,0	110,0
Bekleidung, Schuhe	106,0	107,5	108,1	108,6	108,7	110,7	111,0	111,5	111,6	111,6
Wohnungsmieten	108,8	112,5	113,6	113,9	114,2	118,5	118,9	119,3	119,8	119,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	82,0	85,5	90,8	89,0	88,6	89,7	90,9	91,0	90,0	90,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	104,9	107,3	108,1	108,2	108,3	111,3	111,5	112,2	112,4	112,4
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	786	821	844	.	.	.	887	.	.	.
darunter Facharbeiter	827	860	884	.	.	.	929	.	.	.
weibliche Arbeiter	552	572	580	.	.	.	615	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	526	545	553	.	.	.	589	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	19,44	20,47	20,89	.	.	.	22,27	.	.	.
darunter Facharbeiter	20,49	21,57	22,02	.	.	.	23,44	.	.	.
weibliche Arbeiter	14,07	14,65	14,83	.	.	.	15,97	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	13,34	13,86	14,04	.	.	.	15,20	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,4	40,0	40,4	.	.	.	39,8	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,0	39,1	.	.	.	38,5	.	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 759	4 960	5 044	.	.	.	5 341	.	.	.
weiblich	3 285	3 433	3 501	.	.	.	3 761	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 849	5 066	5 178	.	.	.	5 516	.	.	.
weiblich	3 217	3 382	3 468	.	.	.	3 725	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 831	3 990	4 022	.	.	.	4 257	.	.	.
weiblich	2 634	2 754	2 789	.	.	.	3 032	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 772	3 753	3 742	.	.	.	4 362	.	.	.
weiblich	(2 653)	(2 700)	(2 713)	.	.	.	(2 593)	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 126	4 297	4 348	.	.	.	4 614	.	.	.
weiblich	2 823	2 953	2 999	.	.	.	3 268	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 779	4 972	5 069	.	.	.	5 450	.	.	.
weiblich	3 205	3 371	3 453	.	.	.	3 703	.	.	.

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1991			Bevölkerungsveränderung im März 1991			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1991 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	86 991	- 0,0	- 0,0	- 3	- 32	- 35	44	-	48
KIEL	245 749	+ 0,1	+ 0,6	- 42	225	183	113	1	149
LÜBECK	214 916	+ 0,0	+ 0,5	- 72	103	31	85	1	106
NEUMÜNSTER	80 834	+ 0,0	+ 0,5	- 15	41	26	45	1	53
Dithmarschen	129 514	+ 0,1	+ 0,7	2	90	92	57	1	73
Hzgt. Lauenburg	160 144	+ 0,1	+ 1,3	- 2	168	166	77	1	101
Nordfriesland	152 751	+ 0,1	+ 0,7	2	106	108	79	3	108
Ostholstein	189 663	+ 0,0	+ 0,8	- 49	99	50	93	1	110
Pinneberg	269 622	+ 0,1	+ 1,1	12	142	154	131	2	165
Plön	121 846	+ 0,4	+ 0,7	- 10	553	543	65	2	86
Rendsburg-Eckernförde	247 481	+ 0,0	+ 0,7	- 36	59	23	131	6	170
Schleswig-Flensburg	180 486	+ 0,0	+ 0,6	- 13	60	47	85	2	114
Segeberg	221 747	+ 0,1	+ 1,4	40	259	299	123	4	156
Steinburg	128 078	- 0,5	+ 0,5	- 24	- 668	- 692	61	1	81
Stormarn	198 958	+ 0,0	+ 0,8	- 40	121	81	79	4	103
Schleswig-Holstein	2 628 780	+ 0,0	+ 0,8	- 250	1 326	1 076	1 268	30	1 623

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1991		
	Betriebe am 31. 12. 1991	Beschäftigte am 31. 12. 1991	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1991 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	70	9 273	311	41 052	36 633	421
KIEL	133	21 943	593	113 962	101 582	413
LÜBECK	140	21 631	494	99 043	88 374	411
NEUMÜNSTER	73	10 335	122	41 739	37 019	458
Dithmarschen	68	7 430	304	77 533	63 283	489
Hzgt. Lauenburg	104	9 168	167	95 306	82 646	516
Nordfriesland	56	3 360	87	92 827	76 103	498
Ostholstein	91	6 898	145	107 149	92 358	487
Pinneberg	193	21 796	564	153 289	133 826	496
Plön	46	3 162	57	68 066	57 787	474
Rendsburg-Eckernförde	130	10 336	183	145 781	122 970	497
Schleswig-Flensburg	81	5 412	145	109 268	89 450	496
Segeberg	193	20 639	489	146 104	125 516	566
Steinburg	81	9 746	250	76 005	63 137	493
Stormarn	179	20 774	530	123 067	108 301	545
Schleswig-Holstein	1 638	181 903	4 440	1 490 191	1 279 065	487

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1991 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost,
Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 31. 3. 1991
Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt				Verarbeitendes Gewerbe ²⁾			
	Einwohner am 31. 12. 1990		Arbeitslose Ende November 1991		Kurz- arbeiter Mitte November 1991	offene Stellen Ende November 1991	Beschäftigte am 31. 10. 1991		Umsatz ³⁾ im Oktober 1991	Export- quote 4)
	in 1 000	Ver- änderung 1)	in 1 000	Ver- änderung 1)			Arbeits- losen- quote %	in 1 000	in 1 000	
		%		%	%					
Baden-Württemberg	9 822,0	+ 2,1	159,0	0,6	3,7	37,3	65,3	1 547	31 894	29
Bayern	11 448,8	+ 2,0	201,5	- 0,9	4,1	54,7	70,8	1 478	30 045	30
Berlin	3 433,7	...	193,3	48,3	12,7	p 256	p 5 954	p 10
Brandenburg	2 578,3	...	158,8	71,0	11,6	170,7	5,0	p 232	p 4 115	p 12
Bremen	681,7	+ 1,2	29,1	- 15,4	9,8	2,6	4,1	85	2 560	39
Hamburg	1 652,4	+ 1,6	57,0	- 14,7	7,8	3,8	7,9	136	9 082	12
Hessen	5 763,3	+ 1,8	118,5	- 1,8	4,9	16,7	25,9	663	13 797	26
Mecklenburg-Vorpommern	1 924,0	...	140,0	66,5	13,6	125,5	4,5	p 91	p 578	p 22
Niedersachsen	7 387,2	+ 1,4	230,2	- 6,3	7,6	13,0	25,5	687	18 060	28
Nordrhein-Westfalen	17 349,7	+ 1,4	538,9	- 5,4	7,6	52,5	62,5	2 036	46 938	27
Rheinland-Pfalz	3 763,5	+ 1,7	77,7	- 3,8	5,1	8,5	14,5	395	9 925	34
Saarland	1 073,0	+ 0,8	34,4	- 4,0	8,2	6,6	3,2	138	2 897	28
Sachsen	p 4 764,3	...	276,1	82,7	10,5	342,0	8,2	p 498	p 2 430	p 17
Sachsen-Anhalt	2 874,0	...	194,6	91,6	12,0	223,0	6,5	p 292	p 2 013	p 23
Schleswig-Holstein	2 626,1	+ 1,2	77,0	- 7,8	7,0	4,2	10,2	183	4 173	19
Thüringen	2 611,3	...	163,0	64,3	11,2	197,9	7,0	p 267	p 1 177	p 17
Bundesrepublik Deutschland	p 79 753,2	...	2 649,0	1 307,4	334,9	p 8 984	p 182 938	p 26
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	63 725,7	+ 1,7	1 618,3	- 4,0	6,0	203,9	299,0	7 525	174 835	27
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	p 16 027,6	...	1 030,7	74,9	11,7	1 103,4	35,9	p 1 459	p 8 102	p 18

Bundesland	Bauhauptgewerbe		Wohnungs- wesen		Fremdenverkehr ⁵⁾ im August 1991		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶⁾ im Oktober 1991				
	Beschäftigte am 31. 8. 1991	baugewerblicher Umsatz ³⁾ im August 1991	Zahl der genehmigten Wohnungen im August 1991	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte			
						Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)		
	in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	je 100 Unfälle		
%	%	%	%	%	%	%	%	%			
Baden-Württemberg	177	2 190	+ 13,3	8 019	1 163 268	4 636 877	+ 7,3	3 654	- 13,2	4 989	137
Bayern	246	3 020	+ 8,9	7 525	2 121 770	9 673 691	+ 4,8	5 162	- 12,3	7 273	141
Berlin	1 622	- 4,9	1 942	120
Brandenburg	1 187	+ 43,2	1 611	136
Bremen	11	162	+ 3,3	112	52 192	102 511	+ 8,9	300	- 16,2	372	124
Hamburg	22	363	+ 9,6	...	203 835	390 802	- 0,2	740	- 18,3	972	131
Hessen	92	1 485	+ 37,6	2 922	768 755	2 944 721	+ 2,4	2 558	- 6,3	3 499	137
Mecklenburg-Vorpommern	757	+ 43,6	1 014	134
Niedersachsen	117	1 600	+ 16,1	3 927	928 987	4 268 990	+ 8,9	3 620	- 4,8	3 696	102
Nordrhein-Westfalen	242	3 013	+ 3,2	7 510	918 392	3 287 592	+ 0,2	6 469	- 15,3	8 355	129
Rheinland-Pfalz	62	806	+ 14,7	2 110	602 927	2 263 690	+ 25,0	1 556	- 7,4	2 128	137
Saarland	17	219	+ 17,4	363	46 648	166 112	+ 20,1	411	- 15,6	561	136
Sachsen	1 512	- 2,9	1 951	129
Sachsen-Anhalt	1 113	+ 31,1	1 486	134
Schleswig-Holstein	43	549	+ 0,6	950	542 052	3 554 235	+ 8,6	1 269	- 6,0	1 634	129
Thüringen	977	+ 25,9	1 377	141
Bundesrepublik Deutschland	33 249	- 6,4	43 297	130
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 070	13 943	+ 11,6	p 35 124	7 578 078	31 859 241	+ 6,3	27 170	- 10,8	35 195	130
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	6 079	+ 20,1	8 102	133

1) gegenüber Vorjahresmonat. 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 3) ohne Umsatzsteuer. 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz. 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten. 6) vorläufige Zahlen.

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≙ = entspricht